

**Preemptive Institutionenbildung:  
Korporative Akteure und institutionelle Innovationen  
im Transformationsprozeß postsozialistischer Staaten\***

Helmut Wiesenthal

Oktober 1995

\*Text eines Antrags auf Gewährung projektgebundener  
Forschungsmittel durch die Max-Planck-Gesellschaft

## 1. Koordinaten der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung

Die seit 1989 in den Ländern Ost(mittel)europas stattfindenden Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bieten der sozialwissenschaftlichen Forschung ein ungewöhnlich fruchtbares Feld für vergleichende empirische Untersuchungen. Entsprechend den Charakteristika des tiefgreifenden Systemwechsels, der in der Außerkraftsetzung aller sozialistischen Basisinstitutionen kulminierte, ist es insbesondere der Entstehungsprozeß neuer Regelungssysteme (im folgenden der Einfachheit halber als "Institutionen" bezeichnet), welcher Aufmerksamkeit verdient. Die beachtliche Zahl der Fälle (Länder), das ungewöhnlich hohe Tempo der Transformationen, ihre erhebliche, aber gleichwohl Vergleichbarkeit gewährleistende Varianz sowie schließlich ein hohes Maß an Spezifizierbarkeit sowohl der übereinstimmenden als auch der divergierenden Ausgangsbedingungen und Kontextvariablen - dies alles sind günstige Voraussetzungen für komparative Analysen. Systematische Vergleiche ermöglichen, auch wenn sie auf einen begrenzten Gegenstandsbereich beschränkt bleiben, sowohl Aufschluß über die relative Tauglichkeit alternativer Erklärungsansätze für Prozesse der Institutionengenesse als auch Anhaltspunkte über Potentiale (und Probleme) aktueller Institutionenpolitik in konsolidierten politischen Systemen. In den anschließenden Bemerkungen werden zunächst phänomenologische Grundlinien der Transformationsforschung und einschlägige theoretisch-konzeptionelle Kontroversen resümiert, deren noch unverbundene Einsichten den Typus einer "preemptiven" Institutionenpolitik zu rekonstruieren gestatten. Das folgende Kapitel (2.) beleuchtet die Konstitutionsbedingungen der Akteure und des Politikgegenstandes (policy), welche im Kontext eines "preemptiven" Modus - und anderer Modi - der Institutionenpolitik unterstellt sind. Sodann werden im dritten Kapitel einige theoretische und empirische Voraussetzungen der intermediären Ebene in postsozialistischen Gesellschaften diskutiert. Daran schließt sich eine so knapp wie möglich gehaltene Zusammenstellung der wichtigsten Annahmen und der Fragestellung des Projekts an (Kapitel 4). Kapitel 5 stellt Phänomene vor, die den institutionentheoretischen Unterscheidungen korrespondieren und die Typisierung der Untersuchungsfälle ermöglichen. Der restliche Teil des Papiers ist Bemerkungen zu den dem Forschungsansatz unterliegenden Theorieperspektiven, der Methodik und den einschlägigen Vorarbeiten gewidmet. Da der theoretische Ansatz und die Forschungsfragestellung im folgenden vor dem Hintergrund der einschlägigen theoretischen und empirischen Befunde entwickelt werden, wird auf eine gesonderte Behandlung des Standes der Forschung verzichtet.

### *1.1 Zur Inkongruenz von Modernisierungstheorie und Transformationsanalyse*

In der Wahrnehmung durch Beteiligte und Beobachter schien das Projekt der (post)sozialistischen Transformation zunächst durch seine unumstrittenen institutionellen Zielsetzungen - parlamentarische Demokratie und Einführung der Marktwirtschaft - ausreichend charakterisiert. Die sozialistischen Gesellschaften schienen sich der von der Modernisierungstheorie skizzierten Optionen einer Weiter- oder Höherentwicklung (v.a.) in den Dimensionen funktionaler Differenzierung entsonnen zu haben, deren Realisierung Strukturbrüche und Innovationen der institutionellen Ordnung erfordert (vgl. Müller 1991). Nachdem die gelegentlich schon ad acta gelegte Modernisierungstheorie zunächst überraschend bestätigt erschien, tauchen mit zunehmenden Zeitabstand von der Phase des tiefgreifenden Strukturbruchs bzw. Systemwechsels allerdings Zweifel an der Korrektheit einer klassischen modernisierungstheoretischen Sichtweise auf. So treten beim Blick auf mehrere Reformländer zunehmend Unterschiede im Tempo des weiteren Wandels sowie in den Ausprägungsformen und in der Performanz der neuen Institutionen zutage. Während an den Transformationsresultaten interessierte Beobachter eine

Erlahmung des Reformwillens oder die fortdauernden Wirkungen der für ungültig erklärten Institutionen sowie erhebliche "Restbestände" dysfunktional gewordener Verhaltensweisen (*socialist legacies*) beklagen, stoßen sozialwissenschaftliche Analysen der komplexen Transformationsprozesse auf zwei Tatbestände, welche eine umstandslose Realisierung der allgemeinen Zielsetzung, "westanaloge" Formen von Demokratie und Marktwirtschaft zu installieren, unwahrscheinlich scheinen lassen.

Zum einen unterscheiden sich die konkret realisierbaren und insbesondere die von unterschiedlichen Akteurguppen präferierten Formen und Folgen von "Demokratie" und "Marktwirtschaft" so beträchtlich, daß selbst bei fortbestehender Einmütigkeit hinsichtlich der *allgemeinen* Zielsetzung mit einer großen Unbestimmtheit der Ergebnisse der teilweise unkoordinierten und konfliktbelasteten Gestaltungsprozesse zu rechnen ist (darauf kommen wir unter 1.2 zurück). Zum anderen ist der Ausgang der stattfindenden Veränderungsprozesse im Lichte der modernisierungstheoretischen Voraussetzungen, welche inzwischen zunehmend empirische und theoretische Würdigung finden, skeptischer zu beurteilen als es anfangs angemessen zu sein schien. Mehr oder weniger ausgeprägt weisen alle nationalen Transformationsprojekte ein gemeinsames Merkmal auf, das sie von beliebigen historischen Phasen der zum Modernisierungsvorbild erkorenen westlichen Industriegesellschaften unterscheidbar macht: die gleichzeitige Abwesenheit von mehreren spezifischen Modernisierungsressourcen. Mit einiger Zuspitzung ließe sich formulieren: Anders als in Theorien des sozialen Wandels und der gesellschaftlichen Modernisierung vorgesehen, befinden sich die ehemals sozialistisch verfaßten Gesellschaften Ost(mittel)europas nicht etwa deshalb auf dem Weg zu neuen politischen und sozio-ökonomischen Institutionen, weil sie inzwischen notwendige Voraussetzungen ihrer "Höherentwicklung" ausgebildet haben, sondern ihre vorangegangene Entwicklung - im Sozialismus - hat einen derartigen "Substanzverzehr" in Kategorien produktiver und sozialintegrativer Potentiale bewirkt, daß es zum Kollaps einer in jeder Hinsicht ineffizienten, ja dysfunktional gewordenen gesellschaftlichen und institutionellen Ordnung kam. Ein so beschriebenes Resultat "sozialistischer" Degradation von Entwicklungspotentialen läßt nicht unbedingt auf das Vorhandensein von Ressourcen, Kompetenzen und Motiven (oder gar Strukturen funktionaler Differenzierung und institutioneller "Lernfähigkeit") schließen, welche in Voraussetzungen des Aufbaus einer modernen differenzierten und selbstregulativen (postindustriellen) Gesellschaft taugen könnten.

An Belegen für die skeptischere Sichtweise auf die Ursachen und Voraussetzungen des Systemwechsels besteht kein Mangel. So war es keineswegs nur der Abstand zum Wertverwirklichungspotential westlicher Gesellschaften, sondern gerade auch das Verfehlen der *eigenen*, für systemkonform erachteten Ansprüche an materielle und sozio-kulturelle Wachstumsgewinne, wodurch sozialistische Regime mit rapide wachsenden Legitimitätszweifeln der Bevölkerung konfrontiert wurden (Di Palma 1991a). In dieselbe Richtung weisen Befunde, die das durchweg niedrige Institutionenvertrauen gegenüber der neuen institutionellen Ordnung und das geringe Verständnis für die auf die Gewährleistung von Grundrechten und Verfahrensnormen (statt wirtschaftlicher Prosperität) geeichten Spielregeln der Demokratie belegen (Rose 1994). Ein höheres Maß an Zustimmung zu den neuen Institutionen scheint folglich weniger aus deren regelgerechter (Freiheit und Gleichheit verbürgender) Funktionsweise als aus Fortschritten bei der ökonomischen Konsolidierung erwartbar (Hibbing/Patterson 1994).

Gerät das strukturelle "Voraussetzungsdefizit" ins Zentrum der Betrachtung, so verschiebt sich notwendig der Bezugsrahmen für Fragen und Hypothesen der Transformationsforschung: Statt nach dem Verwirklichungsgrad allgemeiner Zielsetzungen zu fragen, stehen nun die verbliebenen Entwicklungsoptionen, substitutive Entwicklungsressourcen sowie die gesellschaftlichen und

politischen Reaktionen auf die Kluft zwischen allgemeinen Zielsetzungen und ihrer notwendigen Voraussetzungen zur Debatte. Konkret: Wie reagieren postsozialistische Gesellschaften auf den Sachverhalt unzulänglicher Geltungsvoraussetzungen für pluralistisch-demokratische Verfahrensnormen und die Abwesenheit einer hinlänglichen Zahl kapitalkräftiger, risikofreudiger und kostenverantwortlicher Investoren? Da Transformationsprozesse keineswegs allerorten stagnieren, sondern in mehreren Ländern und in verschiedenen Bereichen als durchaus erfolgreich veranschlagt werden, drücken Fragen dieser Art keinen prinzipiellen Zweifel, sondern vielmehr ein systematisches Interesse an den Bedingungen der Möglichkeit anspruchsvoller "Institutionalisierungspolitik" aus.

### *1.2 Alternative Perspektiven: Programmimplementation versus Akteurkonstitution*

Die hohe Zustimmung, welche das Projekt der demokratischen Transition unter der Bevölkerung der neuen Demokratien erfuhr, ließ wenig Zweifel über Ziel und Wege des forcierten Übergangs aufkommen. Begünstigt durch den umfassenden Reputationsverlust der *Nomenklatura*-Eliten und die offenkundige Inattraktivität "dritter Wege" standen die "Sollwerte" der Institutionenreform - parlamentarische Wettbewerbsdemokratie, Rechtsstaatlichkeit und unrestringierte Grundrechte auf der einen Seite, freie wirtschaftliche Betätigung, Privateigentum und kompetitive Märkte auf der anderen Seite - außer Frage. Politische Demokratisierung und ökonomische Restrukturierung erschienen als ein im wesentlichen auf die Realisierung gegebener Konzepte begrenztes Projekt. Spätestens mit der Vollendung der "ersten Schritte" der Demokratisierung der Politik (Ágh 1994) erscheint diese Auffassung revisionsbedürftig. Sie trägt den Wirkungen der neuen Institutionen - z.B. als Rahmenbedingung und Anreizquelle der Akteurgenease - nur ungenügend Rechnung. Auf den Sachverhalt unzureichender endogener Voraussetzungen für eine strukturelle "System"-Modernisierung wurde bereits (unter 1.1) verwiesen. Die Bedeutung dieses Umstands zeigt sich beim Blick auf die liberalisierenden, also im Wortsinne "befreienden" Wirkungen des Systemwechsels. Dabei erscheint Demokratisierung nicht lediglich als Einführung eines neuen Sets verbindlicher Regeln der politischen Konfliktaustragung und sozialen Steuerung, sondern als Bedingung der Selbstartikulation von Bürgern und der Selbstorganisation sozialer Gruppen. Deutlicher als es in Prozessen der Demokratisierung autoritärer Regime Lateinamerikas und Süd-europas zu beobachten war, wirken die neuen Institutionen, insbesondere das Prinzip der Assoziationsfreiheit, lediglich als *Möglichkeitsbedingung* und (selten allein ausreichender) Anreiz für die *Entstehung* politischer Akteure.

Im Unterschied zu Demokratisierungsprojekten, an deren Start bereits ein mehr oder weniger ausdifferenziertes Set (korporativer) politischer Akteure existierte, ist im Falle der ehemals sozialistischen Gesellschaften eine zweiteilige Chronologie des Übergangs zu unterstellen: An eine kurze *Initiationsphase*, die von der schwach organisierten und weitgehend homogenen Bürgerrechtsbewegung und einem hohen Maß an unspezifischer ("pauschalisierter") gesellschaftlicher Zustimmung charakterisiert ist, schließt sich eine ausgedehnte *Phase der Ausdifferenzierung und Organisierung* der Akteurstruktur an. In ihr sind die entstehenden Parteien, Verbände und sonstigen politischen Gruppierungen mit der doppelten Aufgabe konfrontiert, einerseits eine Position in den Differenzierungslinien des politischen Wettbewerbs zu finden, während sie andererseits - und im Kontext ihrer Bemühungen um Organisationsressourcen und Einflußpotentiale - ihre politische Programmatik und *policy*-Präferenzen für anstehende politische Entscheidungen ausbilden. Dabei dienen Fragen des Designs und Urteile über die Zwischenzustände des Transformationsprojektes - nach Maßgabe ihrer politischen "Aktualität" - als Bezugspunkte der Profilgewinnung und Selbstverortung der

neuen politischen Akteure.

Die Konsequenzen für den "Implementationsansatz" (Brie/Styckow 1995) der frühen Transformationsdebatte scheinen beträchtlich: Die Vorstellung von einer Realisierung importierter oder selbst erarbeiteter Reformprogramme erweist sich in der ausgedehnten zweiten Phase als ungeeignet, analytische Perspektiven auf die komplexen Prozesse der Institutionengenesse und Akteurkonstitution zu begründen. Im Hinblick auf die im Implementationsansatz als gegeben und unproblematisch unterstellte Akteurstruktur ist es sinnvoll, "Implementation" als regulative Idee aufzugeben und statt dessen die Aufmerksamkeit auf emergente Prozeßresultate zu lenken. Ist es den Akteuren des Übergangs in der Initiationsphase gelungen, die Voraussetzungen politischer Selbstexpression und Selbstorganisation herzustellen, so erscheint die anschließende Entwicklung dank der Folgen von Akteurevolution und -differenzierung als kontingent. Hier hat die design- und implementationsbezogene Transitionsforschung ihren Gegenstand eingebüßt und muß konventionellen Analysen der politischen Prozesse das Feld räumen. Im Kontrast zu historischen Analogien und politisch inspirierten Interpretationen ist festzuhalten: Die Resultate der (weiteren) Akteurkonstitution und der (materialen und prozedural-konstitutionellen) Politikproduktion unterscheiden sich erheblich von den Phänomenen der Institutionengenesse in der Geschichte konsolidierter Demokratien, da sie nicht nur von punktuellen lokalen Handlungsbedingungen, sondern auch von gestalterischen Intentionen der Akteure, die auf komplexe interdependente Arrangements zielen, beeinflußt scheinen. Sie sind folglich stärker von *diskretionären* Entscheidungen als von situativ-adaptiven Handlungsweisen geprägt. Das ist auch der Fall, wenn es um die Übernahme, d.h. den "Import" bzw. das "Kopieren" von Institutionen geht. Zugleich schlagen sich in den diskretionär bewirkten Ergebnissen auch die Interaktionseffekte rivalisierender Absichten und inkongruenter Aktionen nieder. Intensionsadäquate Resultate sind nicht ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich, d.h. extrem voraussetzungsvoll.

Für die Fruchtbarkeit einer akteur- und interaktionsanalytischen Perspektive existieren überzeugende Belege. So profitieren Untersuchungen der postsozialistischen Transformation vom Studium der "transition from authoritarian rule", die in den achtziger Jahren in Lateinamerika stattfand (O'Donnell/Schmitter 1986, Przeworski 1991). Die "lateinamerikanische" Transitionsforschung steht im Kontext einer Renaissance akteurorientierter Interaktionsanalyse, welche gegen den Vorwurf immun zu sein scheint, analog der makrosoziologischen Modernisierungstheorie Parsonianischer Prägung einem strukturalistischen oder (euro-)kulturalistischen Vorurteil aufzusitzen. Der komplexe Prozeß eines Systemwechsels erscheint der "rationalistischen" Handlungsanalyse nicht als ein durch Makro-Strukturvariablen (vom Typ der "evolutionären Universalien") konditionierter und *dadurch* berechenbar werdender Vorgang. Transition bzw. Systemwechsel ist vielmehr das kontingente Resultat der strategischen Interaktion von Akteurgruppen, die im Lager der Herausforderer wie im Lager der "konservativen" Kräfte interne Differenzen auszutragen haben. Mag zwar die Herausbildung der Akteure des "multi-level game" von Intra- und Intergruppenkonflikten einer Erklärung anhand von Makro-Strukturvariablen zugänglich sein, so gilt das kaum mehr für die anschließende Phase strategischer Interaktionen. Die Formung einer neuen institutionellen Ordnung ist vielmehr ein Projekt mit offenem Ausgang. D.h., daß Verlauf und Ergebnis zwar durch eine Reihe von Kontextbedingungen und Parametern des Ausgangszustandes (insbesondere die Verteilung von Handlungsressourcen) konditioniert sein mögen, aber zu signifikanten Teilen nur im Rekurs auf intentionale Strategiewahlen der Akteure und deren (nicht immer intendierte) Aggregatfolgen erklärt werden können. In der Begrifflichkeit des politikwissenschaftlichen Neoinstitutionalismus ausgedrückt, bedeutet das: Die Optionen und "constraints" der Institutionenpolitik sind nicht als exogen (d.h. "gegeben") zu betrachten, sondern in weiten Teilen durch die Strategien, Konflikte

und Kompromisse der Transitionsakteure "verursacht". Deren Opportunitätsstruktur erscheint also von *endogener* Natur.

Mit ihrer größeren Tiefenschärfe, welche v.a. Phänomenen auf der Mikro-Ebene zugute kommt, verzichtet die akteurorientierte Transitionstheorie vielleicht auf Prognosefähigkeit. Zur Kompensation weist sie jedoch ein Set von Variablen und Schlüsselproblemen aus, die die spezifischen Optionen und Restriktionen einzelner transitionsrelevanter Entscheidungen sichtbar zu machen und damit die je besonderen Bedingungsbeziehungen konkreter Transitionsfälle zu rekonstruieren erlauben. Die mikro-ökonomische Fundierung in Axiomen des intentional-rationalen Entscheidens sowie der Fokus auf Aggregations- und Selektionsprobleme auf der Meso-Ebene (des kollektiven Handelns sowie der Repräsentation und Vermittlung von Interessen) sind weitere Merkmale dieses Ansatzes, die ihn zur Anwendung auf Phänomene der postsozialistischen Transformation empfehlen.

### *1.3 Responsive Demokratie als Mißerfolgsweg?*

Neben der akteuranalytischen Transitionstheorie hat eine in demokratietheoretischen Zusammenhängen entwickelte Problemdiagnose Bedeutung zum Verständnis komplexer Transitionen gewonnen. Es handelt sich um das sog. *Dilemma der Gleichzeitigkeit* (Elster 1990; Offe 1991). Dieses behauptet die Unvermeidlichkeit von Selbstblockaden bzw. extremen Transaktionskosten, wenn nicht gar die Zielverfehlung, für den Fall der gleichzeitigen Einführung demokratischer Institutionen und marktwirtschaftlicher Verteilungsmuster. Impliziert Demokratisierung die tatsächliche Verallgemeinerung von Chancen der politischen Repräsentation, so bestehen ungünstige Aussichten für eine tiefgreifende Liberalisierung ökonomischer Aktivitäten, da damit außer stark redistributiven Wirkungen auch eine selektive Privilegierung minoritärer Sozialkategorien, nämlich der funktional erforderlichen, aber nicht immer willkommen geheißenen Privatunternehmenskraft verbunden sind. Aufgrund der im Vergleich zum autoritativen Sozialismus erheblich gesteigerten Responsivität des politischen Systems drohe die Vertagung oder gar die Absetzung relevanter Teile des ökonomischen Reformprogramms. Maßnahmen mit regressiv-distributivem Charakter wie die Freigabe der (einst subventionierten) Preise und die Privatisierung der Staatsunternehmen laufen danach unweigerlich Gefahr, am "demokratischen" Widerstand der dadurch zunächst belasteten Teile der Bevölkerung zu scheitern.

Während in den konsolidierten Demokratien Westeuropas die Universalisierung demokratischer Partizipationsrechte erst nach der Durchsetzung von Arbeitsmärkten und Lohnarbeiterstatus stattfand, scheint die Politische Ökonomie der postsozialistischen Transformation die "Vermarktlichung" der Wirtschaftsweise und die "Proletarisierung" der Bevölkerung als Ergebnisse inklusiver *social choices* zu unterstellen. Nach westlichen Maßstäben und Erfahrungen ist deren Zustandekommen in einer responsiven Demokratie nahezu unvorstellbar. Wirksame *voice*-Optionen der demokratischen Politik und die Thematisierungs- und Profilierungsanreize des Parteienwettbewerbs versprechen vielmehr, die "sozialunverträglichen" Teile eines jeden anspruchsvollen Reformprogramms zu Fall zu bringen. Bestätigung findet die "demokratietheoretische" Skepsis in dem unstrittigen Befund, daß große Teile Bevölkerung wenig geneigt zu sein scheinen, die "negativen" Freiheiten der Demokratie - gemeint sind v.a. die Menschen- und Bürgerrechte - als ausreichende Kompensation für verloren gegangene "positive" Freiheiten des Sozialismus, insbesondere gesicherte Mindestexistenzbedingungen und die Leistungsunabhängigkeit der Einkommen, zu betrachten (Bauman 1994).

Reformprogramme mit einer dezidierten Investitionskomponente haben nachweisbar ungünstige Realisierungschancen. In seiner Analyse reformpolitischer Strategien der Arbeiterbewegung macht Adam Przeworski auf ein strukturelles Analogon zur historischen Erfolgsbedingung der kapitalistischer Privatunternehmenschaft aufmerksam. Verfügte jene, soweit sie im Weberschen Modell der protestantischen Ethik (Weber 1972) zutreffend charakterisiert ist, über eine religiös motivierte Bereitschaft zum Gratifikationsaufschub, so scheint in der revolutionären Programmatik der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts eine keineswegs mindergewichtige Opferbereitschaft impliziert gewesen zu sein. Wenn der Aufbruch aus einer kalkulierbaren und (Über-)Lebenschancen gewährenden sozialen Ordnung neben dem ohnehin bestehenden Risiko der Verfehlung des "globalen" Ziels auch noch mit individuellen Transaktionskosten und Risiken verbunden ist, erfordern politische Massenbewegungen mit dem Ziel eines komplexen Institutionenumbaus prinzipiell dieselbe Bereitschaft zum temporären Vorteilsverzicht von ihren Teilnehmern wie sie investitionsbereite Unternehmer aufzubringen haben (Przeworski 1980, 1991; Przeworski/Wallerstein 1986). Daß zwischen politischen Projekten des Institutionenumbaus und ökonomischen Investitionen eine derartige Struktur analogie vermutet werden darf, folgt aus den durch den Transaktionskostenansatz vermittelten Einsichten.

Sind Kapitalinvestitionen bei Bestehen exklusiver Eigentumsrechte lediglich von den in der Strategiewahl und den Kontextbedingungen liegenden Unsicherheiten belastet, während das Anrecht auf die Realisierung der investiv bewirkten Gratifikationschance keinem Zweifel ausgesetzt ist, so kranken "politische" Investitionen an mehrfachen Unsicherheiten. Diese betreffen nicht nur die Erfolgsträchtigkeit des Projekts und das Niveau individueller Risiken,<sup>1</sup> welche regelmäßig der Kollektivgutproblematik unterliegen, sondern auch die Eigentumsrechte am etwaigen Kollektiverfolg (vgl. Elster 1987). Populäre Reformen haben zwar den Charakter öffentlicher Güter, was bedeutet, daß große Bevölkerungsteile Vorteile aus ihrer Verwirklichung ziehen können. Da die für ihre Realisierung in Kauf zu nehmenden Kosten aber oft als belastend und verzichtbar empfunden werden und zeitlich ausgedehnte Projekte zudem durch Planungsunsicherheit, Erfolgsw Zweifel und konkurrierende Verteilungsansprüche belastet sind, pflegen sie nicht selten in die Kollektivgutfalle zu laufen, die sich bei Vorhandensein einer Gruppe "rational" kalkulierender Individuen zu öffnen pflegt. Zwar sind in neueren Forschungsarbeiten über die Erhaltung von Gemeinschaftsgütern ("local commons") eine Reihe von Institutionen beschrieben, welche die Kollektivgutfalle als prinzipiell überwindbar ausweisen (Ostrom 1991, 1992), doch bestehen systematische Zweifel an der Übertragung dieser Erkenntnisse auf größere Sozialaggregate, die sich einer Charakterisierung in Begriffen von Gemeinschaftlichkeit entziehen.

Die Lehren aus dem Scheitern "anti-kapitalistischer" Reformprogramme begründen also solide Zweifel am Gelingen einer "kapitalistischen Revolution", soweit deren Erfolge nur um den Preis kollektiver Investitionsbereitschaft seitens großer Teile der von hohen individuellen Transaktionskosten betroffenen Bevölkerung (z.B. in Kategorien des Reallohnverzichts und einer Steigerung des Beschäftigungsrisikos) zu haben sind. Das Ausmaß und die eventuell identifizierbaren Ursachen eines "populist threat" der in Angriff genommenen Transformationsprojekte sind inzwischen Indikatoren ihrer Erfolgswahrscheinlichkeit geworden. Entgegen der vom "Dilemma der Gleichzeitigkeit" implizierten Prognose scheint das Risiko des Scheiterns jedoch begrenzt bzw. politisch "beherrschbar" zu sein. Eine Option der Risikobegrenzung, von der z.B. in Polen und Rußland Gebrauch gemacht wurde, besteht in der

---

<sup>1</sup>So schließen Versicherungsunternehmen auch heute noch die Gewährung von Leistungen aus für "Unfälle durch innere Unruhen, wenn der Versicherte auf seiten der Unruhestifter teilgenommen hat" (§ 3 (2)c der Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung der Cosmos-Lebensversicherungs-AG).

Zurücknahme bzw. Begrenzung der Responsivität des politischen Systems durch Verschiebung regulativer Kompetenzen vom Parlament zum Präsidentenamt. Tatsächlich scheinen präsidentielle Regime über einen Vorsprung an Konsistenz- und Verpflichtungsfähigkeit der Reformpolitik zu verfügen, da sie in geringerem Maße von den Unberechenbarkeiten deliberativ-demokratischer Verfahren, wie sie im parlamentarischen Prozeß Anwendung finden (ohne dort immer notwendig zum Zuge zu kommen), betroffen scheinen. Autoritative Vorgehensweisen bei der Einführung neuer Institutionen scheinen demgemäß umso näher zu liegen, je komplexer und riskanter das Transformationsprojekt seinen Protagonisten scheint. Die Kritik an der These eines vermeintlich transformationswendigen Übergangs zu autoritativen Steuerungsformen und Regierungsstilen setzt deshalb folgerichtig bereits an der Konzeptualisierung von Transformationsaufgaben, z.B. als Projekt eines radikalen Holismus der Sozial- und Wirtschaftsreform an (vgl. Pickel 1993a).

#### *1.4 Gradualismus versus Radikalreform*

Die Protagonisten der praktischen Transformationspolitik gelangten bemerkenswerterweise nicht zu derart skeptischen Schlußfolgerungen, wie sie das "Dilemma der Gleichzeitigkeit" nahelegt. Unter der realistischen Annahme, daß mit der zeitlichen Ausdehnung des Übergangsprozesses die Chance der Selbstorganisation von negativ betroffenen Interessenten wächst, präsentiert sich das Radikalprogramm eines umfassenden "schockartigen" Institutionenwandels als pragmatische Antwort auf das Dilemma, entweder die Vorzüge deliberativer Demokratie oder die Aussicht auf marktwirtschaftliche Verhältnisse aufgeben zu müssen.<sup>2</sup> Vor dem Hintergrund der paradigmatisch zugespitzten Alternativen "Gradualismus" und "Schocktherapie" scheint die behutsamere Vorgehensweise schrittweiser Reformen wegen der sie begleitenden kontinuierlichen Abwägungs- und Entscheidungsprozesse dem Dilemma unterworfen, daß die Akteure entweder ihre Verpflichtung auf das ferne "Globalziel" marktwirtschaftlicher Verhältnisse oder ihre Präferenz für ergebnisoffene deliberative Verfahren aufzugeben haben.

Während erhebliche und theoretisch gut begründete Zweifel an der Zweckangemessenheit und der Realisierbarkeit eines sozialtechnologischen Großprojekts der Gesellschaftsreform bestehen,<sup>3</sup> erscheinen weniger ambitionierte und auf gesellschaftliche Teilbereiche beschränkte "Totalreformen", z.B. der Verfassungsgrundlagen oder der Wirtschaftsordnung, in einem günstigeren Licht. So kann das Programm der auf Liberalisierungs- und makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen begrenzten Schocktherapie für sich beanspruchen, auf angemessene Weise ein generelles Problem im Design von Transformationsprozessen zu beantworten. Przeworski (1991: 162ff.) zufolge haben Reformpolitiker und Bevölkerung typischerweise entgegengesetzte Strategiepräferenzen. Erstere bevorzugen den schlagartigen Institutionenwandel gegenüber der Alternative des schrittweisen Vorgehens, weil sie im rationalen Eigeninteresse irreversible und kurzfristige ("vorzeigbare") Erfolge anstreben, die am sichersten vom radikalen Reformansatz gewährleistet zu sein scheinen. Weil das Radikalkonzept aber regelmäßig mit höheren individualisierten sozialen Kosten verbunden ist, befürwortet die Bevölkerung die gradualistische Alternative. Zwar ist es sehr gut möglich, daß diese die Transformation zu volkswirtschaftlich ineffizienten Zwischenstadien umleitet, doch läßt sie den Menschen auch mehr Zeit und folglich Ressourcen, individuelle Anpassungsoptionen zu explorieren und den Wandlungsdruck zu absorbieren. Mit der Aussicht auf ineffiziente Ergebnisse und eine

---

<sup>2</sup>Vgl. Sachs (1989, 1991), Fischer/Gelb (1991) und Brada (1993).

<sup>3</sup>Vgl. Murrell (1993), Pejovich (1994) und Pickel (1993b, 1995).



Vertagung des Transformationserfolgs auf eine unbestimmbare Zukunft wächst wiederum die Unsicherheit, der sich Reformpolitiker konfrontiert sehen und deren direkte und indirekte Wirkungen sie *nolens volens* zu verantworten haben. Folglich präferieren sie erst recht eine beschleunigte und unumkehrbare Radikalkur, die den Vorzug von "mehr" Zielverwirklichung der Politik und den Vorteil geringerer Verantwortungslasten der Politiker zu kombinieren verspricht.

Radikale (bzw. holistische) Ansätze der Transformation offerieren sowohl *ökonomische* wie *politische* Vorteile. In ökonomischer Hinsicht handelt es sich um (i) die Verringerung von Ressourcenverlusten durch Verkürzung von ineffizienten Zwischenstadien des Wandels (Brada 1993), (ii) um die rasche Absorption von Unsicherheit über die künftigen Investitionsbedingungen,<sup>4</sup> (iii) die Verringerung der Latenzfrist, in welcher die Reformmaßnahmen noch keine Früchte tragen,<sup>5</sup> sowie (iv) die Minimierung von Gelegenheiten, in denen sich partikuläre Interessen auf die Bedingungen der Interimsphasen einstellen und organisieren können. Die (i.e.S.) *politische* Logik des Radikalismus stützt sich auf zwei Wirkungsannahmen: (i) Eine synchrone Implementation aller als Weichenstellung zu betrachtenden Maßnahmen ermöglicht es den Reformern, an ihren notwendigerweise "harten" Entscheidungen auch dann festzuhalten, wenn sie Sanktionen der Bevölkerung befürchten müssen. Sind die reformscheidenden Maßnahmen irreversibel geworden, so geraten ihre Urheber nicht mehr in Versuchung, sie *vor* Eintreten der positiven Wirkungen zurückzunehmen, z.B. um auf diese Weise die Wiederwahlchancen der Regierung zu verbessern. (ii) Des weiteren scheint das Radikalkonzept unter günstigen Umständen geeignet, im Laufe seiner Anwendung die sozialen Voraussetzungen seines Erfolges zu verbessern. Ballen sich die gravierendsten Nachteile in der Startphase der Reformen, so bestehen günstige Aussichten, daß nach der Latenzfrist große Bevölkerungsteile Verbesserungen ihrer Situation bemerken und daraufhin die Fortsetzung des Projektes befürworten.<sup>6</sup> Ein solcherart konzipiertes Vorhaben verfügt durch die Ballung sozialer Kosten in der Startphase über eine Erfolgsvoraussetzung, die bei isolierter ökonomischer Betrachtung leicht übersehen wird. Mit den Prozeßkomponenten der *Gleichzeitigkeit* und *Irreversibilität* verschafft das holistische Radikalkonzept der Reformpolitik eine Option der *Selbstbindung*, mit deren Hilfe u.U. die immanenten Risiken "großer" Reformprojekte unterlaufen werden können.<sup>7</sup> Das sequenzialisierte, ohne Aussicht auf derartige Motivierungs- und Bindungswirkung startende, aber gleichfalls Gratifikationsaufschub erfordernde Reformkonzept des Gradualismus ist in weitaus höherem Maße mit populären Erfolgswiseln, internen Konsens- und Steuerungsproblemen der politischen Akteure sowie rasch wachsenden Koordinationskosten der Politik belastet.

Die ausgesprochen kontroverse Debatte über die Alternativen Schocktherapie und Gradualismus offenbart jenseits ideologischer Präokkupationen, welch hohes Maß an Implementations-Risiko und Erfolgsunsicherheit einem so anspruchsvollen Vorhaben wie der synchronen Einführung

---

4 Unter Unsicherheit ziehen Investoren aufgrund rationaler Risikenabwägung nur leicht liquidierbare Kapitalanlagen in Betracht und enthalten sich kurzfristig irreversibler Sachinvestitionen (Pindyck 1991).

5Vgl. die von Fischer/Gelb (1991) für Teilreformen vorgenommene Zeitbedarfsschätzung.

6Das Gegenteil war bekanntlich in den neuen Bundesländern der Fall, wo die Startphase durch ein Bündel von Gratifikationen geprägt war, denen dann Anlässe der Enttäuschung folgten, als die unvermeidlichen Übergangskosten mit deutlicher Verzögerung und unerwartet auftraten.

7In analoger Weise verspricht eine Verfassungsreform "aus einem Guß", leichter dem Risiko zu entgehen, daß jede einzelne Verfassungsnorm zum Gegenstand eines Konflikts zwischen den an bestimmten Verfassungswirkungen interessierten Gruppen wird (vgl. Offe 1994a: 66ff.).

responsiver Entscheidungsverfahren und inegalitärer Ressourcenverteilungen zu attestieren ist. Die Ausleuchtung der Pro- und Contra-Argumente ermöglicht aber eine noch weitergehende Präzisierung des Problems. Unter der Voraussetzung der Unvermeidlichkeit individuell zu tragender Übergangskosten ist es plausibel mit einer *Transformationskrise* zu rechnen, in welcher der Verursachungszusammenhang der Übergangskosten, d.h. die Transformationsstrategie selbst, und der Verteilungsmodus der Kosten, d.h. Fragen der politischen und ökonomischen Partizipation, Themen der politischen Tagesordnung - und zwar auch bei Vorliegen formal verbindlicher Entscheidungen - werden. Da die Protagonisten der Reform diesen Sachverhalt nach Lage der Dinge unschwer zu antizipieren verstehen, sehen sie sich mit der Wahl unter präventiven und reaktiven Vorgehensweisen konfrontiert. Es liegt auf der Hand, Bemühung um *präventive* Institutionenbildung, zu denen sowohl das Konzept der Schocktherapie als auch die "vorbeugende" Schaffung von Schlichtungs- und Verhandlungsgremien zu zählen sind, als Indikatoren des empirischen Problembewußtseins zu betrachten.

### *1.5 Alternative Muster der Institutionenbildung im Postsozialismus*

Vor dem Hintergrund so gegensätzlicher Erfolgsprognosen, wie sie von den Advokaten der Schocktherapie und des Dilemmas der Gleichzeitigkeit auf der einen Seite und Befürwortern gradualistischer Reformen auf der anderen Seite geäußert werden, ist ein Blick auf tatsächliche Ergebnisse der Transformationsprozesse ausgesprochen erhellend. Die Empirie liefert unzweideutige Hinweise auf eine Überschätzung des Dilemmacharakters der Transformation, während der Maßnahmenkatalog der Schocktherapie, wenngleich er nirgendwo rezeptbuchmäßig verwirklicht wurde, mit einiger Plausibilität als Option auf Transformationserfolge betrachtet werden darf. In einzelnen Fällen, z.B. der Tschechoslowakei und Polen, scheint das Dilemma der Gleichzeitigkeit durch eine gelungene Nachteilskumulation in der Startphase des Reformprojekts und durch die programmatische Verkoppelung der ökonomischen mit der politischen Transformation überwunden worden zu sein. Hier hatten die Protagonisten des holistischen Reformkonzepts die politische und die ökonomische Transformation als geschlossenes Paket der Institutionenreform in den Gründungswahlen zur Abstimmung gestellt. Da das Votum für die parlamentarische Demokratie un widersprochen als Mandatserteilung für den Wirtschaftssystemwechsel verbucht werden konnte, war man der von Przeworski (1991) beschriebenen Populismusfalle entkommen. Spätere Veränderungen in der Akteurstruktur, z.B. die Ablösung der (konservativ-liberalen) Reformparteien der "ersten Stunde" durch postsozialistische Nachfolgeparteien, speziell in Polen und Ungarn, sowie zunehmende Steuerungsprobleme im Umgang mit den Transformations- und Prosperitätszielen zeigen, daß die den Start von Reformprogrammen begünstigende Konsensbasis allmählich schwindet (vgl. Wiesenthal 1995a). Zwei weitere Befunde sind zu protokollieren.

(1) Sowohl in Polen als auch in der \_SFR konnte die an einem umfassenden Transformationskonzept orientierte Reformpolitik eine Reihe effektiver und in ihren unmittelbaren sozialen Folgen schmerzhafter Eingriffe vornehmen, ohne damit am stürmischen Protest der Betroffenen aufzulaufen. Die Protagonisten der Reform vermochten es, die im Gleichzeitigkeitsdilemma beschriebene Klippe zu umschiffen. Mehr noch: Vor dem Hintergrund einer positiven Bilanz des Transformationsschocks<sup>8</sup> stellt sich der holistische Ansatz als adäquate Antwort auf das

---

<sup>8</sup>Eine hinsichtlich der Wachstums-, Beschäftigungs- und Inflationsentwicklung unbestritten positive Transformationsbilanz wird der Tschechischen Republik aufgemacht (Orenstein 1994). Als etwas weniger günstig, aber auf dem Wege nachhaltiger Besserung befindlich, wird die Transformationssituation Polens beurteilt.

"Dilemma der Gleichzeitigkeit" dar. Umgekehrt erscheint es nicht unplausibel, die Schwierigkeit, im Rahmen eines gradualistischen Ansatzes den sukzessiven Fortgang der Transformationen sicherzustellen, wie es in Rußland und (in geringerem Maße) in Ungarn der Fall zu sein scheint, als Preis des Verzichts auf ein synchron implementiertes Maßnahmenbündel zu verbuchen.

(2) Mehrere Reformstaaten Ost(mittel)europas hatten - gewissermaßen als Flankenschutz der einschneidenden sozialen und ökonomischen Reformen - zum Mittel einer *präventiven* Institutionengründung begriffen. Gremien der korporatistischen Interessenvermittlung, wie sie in Westeuropa durchweg als *Reaktion* auf manifeste Probleme der makro-ökonomischen Steuerung bzw. zur Bearbeitung akuter Verteilungskonflikte ins Leben gerufen worden sind,<sup>9</sup> verdanken sich - u.a. in Bulgarien, Tschechien, der Slowakei und Ungarn - frühzeitigen diskretionären Entscheidungen, wie sie unter den Bedingungen großer Einmütigkeit der Akteure mit quasi autoritativer Geste getroffen wurden. Es handelt sich um Verhandlungssysteme, die - tripartistisch - mit Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände und der Regierungen besetzt sind. Ihre Aufgabe ist die Vermeidung bzw. Minimierung volkswirtschaftlich kostspieliger Konflikte, wie sie aufgrund der unvermeidlichen Koinzidenz von Preissteigerungen, Reallohnverlusten (bzw. Lohnzurückhaltung) und rückläufigem Beschäftigungsvolumen zu erwarten sind. Erfolge oder zumindest Erfolgsbeiträge dieser Resultate einer "*preemptiven*" *Institutionenbildung* und der mit ihrer Hilfe praktizierten ("radikalen") Wirtschaftsreformen reduzieren das Gewicht der Schlußfolgerungen, wenn nicht gar der Annahmen, die mit dem Gleichzeitigkeitsdilemma assoziiert sind. Die Frage nach den Ursachen der relativen Überlegenheit präventiv-autoritativer Entscheidungen über reaktiv-deliberative ist mit zwei - zunächst nur plausiblen, aber testbaren - Feststellungen zu beantworten: Präventiv geschaffene Institutionen können als rechtzeitig verfügbar wahrgenommen werden; ihre Präsenz ermöglicht eine Diskontierung der wahrgenommenen Problematizität; Fragen nach Risiko- und Kostenträgerschaft institutioneller Innovationen scheinen obsolet. Autoritative Verfahren der Institutionalisierung mögen zwar ein höheres Risiko hinsichtlich ihrer Zweckadäquanz aufweisen, aber entgehen den Konflikten über angemessene Problemdefinitionen und die Tauglichkeit alternativer "Problemlösungen". Angesichts der von deliberativen Verfahren stimulierten (erkenntnisfördernden!) Funktionalitäts- und Legitimitätszweifel dürften die Resultate preemptiver Institutionenbildung überall dort funktional überlegen sein, wo die konkrete Ausgestaltung von Koordinationsnormen weniger wichtig ist als das Vorhandensein verbindlicher Regeln.

Die Typik von Institutionenbildungen, wie sie im Kontext der postsozialistischen Transformation stattfinden, läßt sich nun mittels der oben eingeführten Unterscheidungen in drei Schritten skizzieren: (i) Praktisch *alle* Institutionen mit Legalcharakter verdanken sich *diskretionären* Wahlentscheidungen. In keinem Falle handelt es sich um die (lediglich legalisierende) Adaption des Normensystems an längst geübte soziale Praktiken. (ii) Die diskretionär geschaffenen Institutionen mögen das Resultat eines ausgedehnten *deliberativen* (demokratischen) Entscheidungsprozesses oder Gegenstand *autoritativer* Setzung sein, wobei erstere ein größeres Risiko der Funktionsgerechtigkeit bergen. (iii) Institutionelle Innovationen mögen ihrem Wirkungscharakter nach entweder *reaktiv*, d.h. zur Bearbeitung entstandener und perzipierter Problemlagen, oder *präventiv*, d.h. für den Zweck der Verhinderung einer problemträchtigen Konstellation, angelegt sein. Den *reaktiven* Institutionalisierungen wird das geringere Problemlösungspotential attestiert.

---

<sup>9</sup>Hier ist insbesondere an die "Konzertierte Aktion" lt. Stabilitätsgesetz 1967 zu erinnern.

Bei Bezugnahme auf die beiden letztgenannten Unterscheidungen (ii und iii) wird erkennbar, daß sich die skeptischen Prognosen, welche im "Dilemma der Gleichzeitigkeit" wie in der Kritik am reformpolitischen Gradualismus vorgebracht werden, allein auf eine der möglichen Merkmalskombinationen von Institutionalisierungsprozessen beziehen, nämlich auf eine Koinzidenz deliberativer Verfahren und reaktiver Maßnahmen. In solchen Fällen scheint es plausibel, mit einer Überlastung des deliberativen Prozesses zu rechnen, da sich im reaktiven Problembearbeitungsmodus materiale und prozedurale Fragen schwerlich separieren und voneinander unabhängig entscheiden lassen. Präventive Institutionenbildung, zumal wenn sie mit deutlich reduzierten Chancen der Partizipation interessierter Betroffener, also in quasi-autoritativer Weise vonstatten geht, ist in geringerem Maße vom Risiko der Vertagung oder des Scheiterns tangiert. Insoweit es ein funktionales Charakteristikum prozeduraler Steuerung ist, mit der Einbindung außerstaatlicher Interessen auch deren Handlungsraum und Optionenset zu gestalten, ist dieser "deprivatisierende Effekt prozeduraler Steuerung" (Offe 1975: 268) am sichersten zu einem Zeitpunkt bewirkbar, in dem der Bedarf an Steuerungsleistungen (noch) gering ist und die zur Teilnahme eingeladenen außerstaatlichen Akteure desinteressiert und unkonsolidiert zu sein scheinen. Eine bildliche Darstellung der dreistufigen Differenzierung institutionengenetischer Prozesse mag diese Folgerung unterstreichen:

1. Unterscheidung:	evolutionär	vs.	diskretionär	
			/	\
2. Unterscheidung:		vs.	autoritativ	deliberativ
3. Unterscheidung:		vs.	präventiv	reaktiv
			_____	_____
Typus:			<i>preemptiv</i>	<i>dilemmatisch</i>

Abb. 1: Institutionengenetische Unterscheidungen

Das vollständige Tableau diskretionärer Institutionenbildung (Abb. 2) umfaßt demgemäß nicht nur zwei, sondern vier Modi. Die zwei Modi, die in der Transformationsforschung bislang weitgehend unthematisiert blieben, lassen sich unschwer als das Ideal einer vorausschauenden demokratischen Planung (Feld 2: "politische Planung") und den a-demokratischen Ausnahmefall einer autoritativen Notstandsregierung (Feld 3: "Ausnahmerecht") identifizieren.

	Verfahren	
	autoritativ	deliberativ

Wirkung	präventiv	preemptive Institutionen	("politische Planung")
			1 2
	reaktiv	("Ausnahmerecht")	Dilemmasituation
			3 4

Abb. 2: Modi der Institutionengenese

## 2. Das institutionentheoretische Potential vergleichender Transformationsforschung

### 2.1 Zur Inkongruenz von Theorie und Empirie der Institutionenforschung

Die gegen ein Hauruck-Programm der gesellschaftlichen Totalreform ins Feld geführten Zweifel und Bedenken können sich auf solide Erkenntnisse makrosoziologischer und politologischer Forschung stützen. In der politikwissenschaftlichen Profession ist das Wissen von der Unrealisierbarkeit einer umfassenden und tiefgreifenden Institutionenreform Gemeingut. Moderne Gesellschaften mit funktional differenzierten Handlungssphären und einer Pluralität autonomer individueller und korporativer Akteure gelten als ungeeignete Objekte für holistische Strategien des sozialen Wandels. Da die Transformationsgesellschaften unter einem signifikanten Mangel an kompensationsstauglichen materialen und sozialen Ressourcen leiden, sind ihre Chancen zur Bewältigung eines umfassenden Reformprogramms eher noch ungünstiger als die ihrer westlichen Vorbilder zu beurteilen. Angesichts dieser offenkundigen Diskrepanz theoretischen und empirischen Wissens kommt den verschiedenen nationalen Transformationsprojekten, zumal sie die Möglichkeit eines synchronen Vergleichs bieten, der Status eines sozio-ökonomischen und politico-soziologischen Experiments von unschätzbarem Wert zu.

Sollten die empirischen Befunde tatsächlich eine Revision des allgemein geteilten und theoretisch mehrsträngig gesicherten Wissensbestandes nahelegen, so würden zugleich neue, potentiell verallgemeinerbare Einsichten in die Erfolgsvoraussetzungen von Handlungsketten der intentionalen gesellschaftlichen Selbstgestaltung eröffnet, die den Verlust an vermeintlicher Gewißheit aufwögen. Die Erkenntnisse einer vergleichenden Institutionenforschung wären, selbst wenn es an ihrer Übertragbarkeit auf andere Handlungskontexte bzw. politische Systeme mangelte, von erheblichem heuristischen Wert. Abgesehen von der Korrektur modisch-monistischer Zuspitzungen, wie sie in einer Kette

wechselhafter Konzeptkonjunkturen - von der Planungseuphorie der "aktiven Politik" (Mayntz/ Scharpf 1973) über den steuerungstheoretischen Pessimismus der Systemtheorie (Luhmann 1989) und die Bemühungen um reflexive "Kontextsteuerung" (Teubner/Willke 1984; Willke 1992) zum Konventionalismus des Neoinstitutionalismus (March/Olsen 1989) - vorliegen, wäre eine Präzisierung der institutionenpolitischen Seite politischer "feasibility" von hohem Wert für den Umgang mit dem Katalog komplexer Politikthemen und Steuerungsprobleme, wie sie für moderne Industriegesellschaften typisch sind. Es genügt, in diesem Zusammenhang an die mit den Stichworten Umweltschutz und -zerstörung, globalökonomische Interdependenz und Nord-Süd-Verteilungskonflikt bezeichneten Problematiken zu erinnern. Ihnen ist gemeinsam, daß sachlich adäquate Problemlösungen ungewöhnlich hohe Anforderungen an das Steuerungs- und Koordinationsvermögen sowie die Selbstbindungsbereitschaft politischer Akteure stellen. Dabei handelt es sich durchweg um Themen einer komplexen Mehrebenenpolitik, bei welcher sich regelmäßig nur eine minimale Teilmenge der im nationalen und internationalen Rahmen zweckmäßig scheinenden Optionen als realisierbar erweist (Scharpf 1992, 1993). Probleme des umfassenden, intentional gesteuerten Institutionenwandels - unter den kontextadäquaten Postulaten der Erhaltung politischer Legitimation und volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit - sind von analoger Struktur.

Die eventuell erzielbaren Erkenntnisse dürften im Zusammenhang politisch-pragmatischer Diskurse zwar kaum als Novitäten zu betrachten sein, aber versprechen, die gegenwärtig erheblich scheinende Kluft zwischen dem quasi-axiomatischen Stand der gesellschaftstheoretischen und politikwissenschaftlichen Theorien auf der einen Seite und den in politischen Diskursen thematisierten Handlungsbedarfen und Handlungsoptionen einzuebnen. Die Befunde institutionengenetischer Transformationsforschung sind also - bei Beachtung der Grenzen einer generalisierenden Abstraktion - als prinzipiell übertragbar, d.h. in ihrer Geltung nicht notwendig auf die Bedingungen der postsozialistischen Übergangsgesellschaften beschränkt anzusehen. Auf jeden Fall stehen zuverlässigere Einschätzungen der Voraussetzungen regulativer Kompetenz politischer Akteure in Aussicht.

Ein weiteres Argument zugunsten der dezidiert institutionengenetisch orientierten Transformationsforschung liegt in dem Sachverhalt, daß *politische* Interpretationen der Situation und hier insbesondere die Projekte des Institutionenexports und -imports mit einem "theoretischen" Widerspruch behaftet sind. Es lohnt sich, diesen etwas deutlicher zu machen, weil er sowohl die historische Singularität des Transformationsprojekts beleuchtet als auch dessen eminente Bedeutung als "Testfall" für Theoreme der in jüngster Zeit entwickelten Akteur- und Institutionentheorien. Die Bedeutung der letztgenannten Theorien für ein zutreffendes Verständnis der in modernen Gesellschaften vermuteten Problemwahrnehmungs- und Problembearbeitungspotentiale ist im Ansteigen begriffen. Für die Erklärung des Zustandekommens gesellschaftlicher Regelsysteme, welche neben einer Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse - wie physische Integrität, intersubjektive Anerkennung und Freiheit von Armut - auch soziale Entwicklung durch Autonomie-, Effizienz- und Wissensgewinne ermöglichen, existieren seit dem 18. Jhd. zwei konkurrierende Ansätze: die v.a. auf *Thomas Hobbes* zurückgehende vertragstheoretische und die u.a. von *Adam Smith* formulierte evolutionistische

Begründung gesellschaftlicher Institutionen. Während die Idee eines an funktionalen Erfordernissen der gesellschaftlichen Ordnung, ihrer "Höherentwicklung", der "sozialen Harmonie" oder der "Gerechtigkeit" ausgerichteten Gesellschaftsvertrages gleichermaßen autoritäre Machthaber wie emanzipatorische Volksbewegungen motivierte (und bekanntlich auch die Ideen des Kommunismus beflügelte), fand das seiner Begründungsstruktur nach eher "passivistische" und von daher sozialkonservativ anmutende Evolutionsmodell lange Zeit weitaus weniger Beachtung. Es vermochte zwar, zentrale Institutionen, wie insbesondere Märkte, und damit generell Kollektivphänomene anhand ihrer komparativen (Reproduktions-) Effizienz als nichtintendierte Resultate vieler intentionaler Individualhandlungen zu erklären (wozu v. a. die Arbeiten von Hayeks beitrugen). Aber gleichzeitig begünstigte das Evolutionsmodell eine systematische Unterschätzung der Potentiale für die absichtsvolle Gestaltung und Regulation gesellschaftlicher Prozesse, wie sie in Akten der dezidierten Institutionengründung, z.B. der Verfassungsgebung (vgl. Elster/Slagstad 1988), Ausdruck finden.

In den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts trat ein grundlegender Wandel im "Konkurrenzverhältnis" der beiden institutionentheoretischen Alternativen ein. Auf der Basis neuen Wissens über die informatorischen und organisatorischen Grenzen "rationalen" Entscheidens bildete sich genügend Evidenz, um die Voraussetzungen einer vertragstheoretischen Erklärung von Institutionen fortan als empirisch unerfüllbar zu betrachten. Derweil profitierte der lange Zeit unbeachtet gebliebene (wenn nicht gar für obsolet gehaltene) Evolutionsansatz von den Fortschritten der mikroökonomischen Theorie. Diese vermag nunmehr sowohl die "Erfindung" neuer als auch die selektive "Durchsetzung" bestimmter Institutionen mit Hilfe des Transaktionskostenansatzes zu erklären.

Angesichts dieses Standes der theoretisch informierten Institutionenforschung kann dem Projekt der postsozialistischen Transformation nur mit größter Skepsis begegnet werden, wenn sein Erfolg von der dezisionistischen Einführung neuer regulativer Prinzipien abhängig zu sein scheint. Da plausiblerweise stets mit heterogenen und unsicheren bzw. intransparenten Merkmalen des sozialen Geltungskontextes zu rechnen ist, vermag die mikro-ökonomisch "gestärkte" Evolutionstheorie allenfalls unter besonders günstigen Umständen die "Durchsetzung" jener Institutionen für möglich zu halten, die mit den Begriffen Demokratie und Marktwirtschaft assoziiert sind. Die evolutionistische Institutionentheorie läßt unter den empirischen Umständen in den Reformländern eher einen zeitlich ausgedehnten Prozeß unsicherer Normgeltung mit offenem Ausgang erwarten, sofern sich auf seiten der Bevölkerung nicht "passende" motivationale (normative) und kognitive Voraussetzungen, z.B. ein adäquates Verständnis prozeduraler Normen, nachweisen ließen (was in Ländern mit virulenten "vorkommunistischen" Demokratie- und Markterfahrungen nicht ausgeschlossen ist).

Tatsächlich zeigen sich in der Mitte der 90er Jahre in den Reformländern erhebliche, wengleich unterschiedliche Hindernisse und Erfolgsgrenzen der Implementation politischer und sozio-ökonomischer Institutionen. Dabei sind einige offenkundige Implementationserfolge paradoxerweise keineswegs nur etwaigen Resten eines "vorkommunistischen" Institutionenverständnisses zuzuschreiben, sondern auch einer spezifischen Organisations- und Artikulations*schwäche* der neuen "Zivilgesellschaft" (Wiesenthal

1995b). So vermochten die Protagonisten demokratischer Reformpolitik die Institutionen der pluralistischen Demokratie und Grundlagen der Marktwirtschaft auch darum weitgehend unwidersprochen einzuführen, weil die aus dem Sozialismus entlassene Gesellschaft noch Züge der "sozialistischen" Sozialstruktur trägt und konkurrierende ("pluralistische") Interessen, die sich in den neuen Institutionen sofort hätten Ausdruck und Verstärkung verschaffen können, sich erst allmählich herausbilden. Aufbauend auf einem gesellschaftsweiten Konsens über die Abschaffung des Sozialismus gelang damit etwas institutionentheoretisch Unwahrscheinliches: die Etablierung von Normensystemen, die ihre Funktionsvoraussetzungen erst zusammen mit ihren "Normierungsgegenständen", z.B. Interessenkonflikten, finden, welche wiederum erst als Reaktion der Gesellschaft auf ihre neuartige formale Verfaßtheit erwartet werden.

Trotz der Befunde einer "unwahrscheinlichen", aber gelungenen Institutionenbildung besteht keinerlei Veranlassung, die skeptisch stimmenden Theoreme der neueren Institutionen und Politikwissenschaft über Bord zu werfen. Ein zweiter Blick auf die Situation in den Reformländern offenbart Stagnationserscheinungen bei der Geltung der neuen "Spielregeln" sowie ein in seinen Wirkungen oft überraschendes Wechselspiel der Akteure im Umgang mit den neuen Regeln und den tradierten Orientierungen und Verhaltensgewohnheiten. Das kann in Anbetracht der oben (unter 1.2) vorgetragenen Argumente, den Emergenzen der Akteurkonstitution erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, nicht überraschen. Grundrechte, die, wie das Recht auf freie Vereinigung (Assoziationsfreiheit), den Wegfall einstiger Restriktionen bezeichnen, haben eine Dynamik der Autonomisierung sozialer Phänomene wie der Dezentralisierung und Desynchronisation sozialer Prozesse ausgelöst. Insbesondere in Rußland, wo sich die institutionellen Reformen in Akten der Liberalisierung erschöpften und anschließende Versuche der "positiven" Normierung in den nun dezentralisierten Machtstrukturen versandeten, manifestiert sich die Befreiung aus den *constraints* des sozialistischen Herrschaftsapparates in der extralegalen Grauzone eines Handlungsraumes voll attraktiver Gelegenheiten zur "freien" Verfolgung privater Interessen.

Diese in sozialer und politischer Hinsicht beunruhigende Interimsituation stellt für die Institutionenforschung einen wahren Glücksfall dar. So läßt sich an Detailprozessen der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung und Interessenvermittlung die empirische Relevanz des ökonomischen (auf komparative Transaktionskosten bezogenen) Kalküls und damit das Erklärungspotential des evolutionistischen Ansatzes der Institutionentheorie nachweisen. Vieles deutet daraufhin, daß die Bürger der Reformländer die auf dezisionistische Weise gegründeten Institutionen nur insoweit annehmen, als sie ihnen unmittelbare kurzfristige Vorteile zu bieten scheinen, während in allen übrigen Fällen die Option des Rekurses auf überlieferte und unregelte (nichtinstitutionalisierte) oder "extralegale" Verkehrsformen fortbesteht. Da es nur einen schmalen Bereich kollektiv geteilten Rechts- und Unrechtsbewußtseins (einschließlich von Vorstellungen von "fairen" Verfahrensregeln) gibt, scheint die Grauzone unsanktionierter "Extralegalität" durch einen Teufelskreis schwacher Institutionengeltung und starker Geltungsunsicherheit geschützt. Ihn zu verlassen, bedürfte es spezifischer Anreize und/oder der Ausweitung des relevanten Zeithorizontes, in dem positive und negative Handlungsfolgen gegeneinander abgewogen werden.



Erklärungen derartiger Situationen bedürfen, wie demonstriert wurde, des Rekurses auf *beide* Stränge der Institutionentheorie, wie sie dem "akteurtheoretischen Institutionalismus" zugrundeliegen.<sup>10</sup> Dieser Ansatz erlaubt es, das Schlüsselproblem der aktuellen Transition als *Problem der Gewinnung von Erwartungssicherheit unter Bedingungen allgemeiner Unsicherheit über die absoluten und relativen Verteilungswirkungen konkurrierender Institutionen* zu formulieren. Da die individuellen Handlungen der Akteure zwar vom Wissen über (alle?) Geltung beanspruchende Institutionen "informiert" sind, aber deren Orientierungsleistung auf der Basis ihrer individuellen Nutzenkalküle anstelle sanktionierter sozialer Verpflichtungen "wählen" können, ist der Beitrag des individuellen Handelns zur Reproduktion der Geltung beanspruchenden Institutionen gering, wenn nicht gar negativ. Unter solchen Umständen mag sogar das rein ökonomische Kalkül - auch noch nach vollständiger Liberalisierung des ökonomischen Verkehrs - unzureichend sein, marktadäquate Verkehrsformen hervorzubringen. Orientierungswahlen erfolgen vor dem Hintergrund eines milieu- und soziokulturell geprägten Verständnisses von "angemessenen" Handlungsweisen, Partnern und Gegenleistungen, in welchem Markttransaktionen nur eine von mehreren Alternativen (neben Tauschakten im Rahmen von Freundschafts- und Clanbeziehungen) darstellen (Granovetter 1985; Malle 1994). Des weiteren dominiert unter Bedingungen hoher Unsicherheit ein risikominimierendes Entscheidungsverhalten, das kurzfristigen Nutzenkalkulationen und der Sicherung der Liquidität Vorrang einräumt, während die erst in einem größeren Zeithorizont Gewinne versprechenden (Sach-)Investitionsmöglichkeiten vernachlässigt werden (vgl. Pindyck 1991).

Pattsituationen der Institutionengeltung sind nur ein Exempel zeitgenössischer Phänomene. Immerhin existiert nicht nur beträchtliche Varianz zwischen den in verschiedenen Ländern in Angriff genommenen Trajekten, sondern es scheint, als könnten die neuen Institutionen allerorten Geltungsgewinne gegenüber dem alten Ordnungsrahmen verbuchen. So steht derzeit nicht die Richtung des stattfindenden Wandels in Frage und noch nicht einmal die Aussicht auf einen konvergierenden Endzustand, wenn der zeitliche Erwartungsrahmen hinreichend großzügig gewählt ist. Der mögliche Ertrag eines auf die Prozesse der Institutionengese gerichteten Forschungsprogramms resultiert deshalb weniger aus einem Extremgruppenvergleich (etwa zwischen Fällen des Ge- und Mißlingens der Institutionalisierung), sondern aus der komparativen Analyse von Hindernissen und Potentialen der beobachteten Geltungsgewinne.

Für ein genaueres Verständnis der im Zusammenhang der Transformationsprozesse wahrnehmbar werdenden Unsicherheit ist es notwendig, die mit der Demokratisierung politischer Verfahren stattfindende Ersetzung materialer durch prozedurale Handlungsnormen zu registrieren. Sozialistische Politik ermangelte des notwendigen Mindestmaßes an "popular trust" (Sztompka 1994), war sie doch bei der Wahl von Mitteln und Verfahren kaum durch verbindliche prozedurale Normen beschränkt. Demgegenüber bedeutet allerdings die Einführung demokratisch "verfaßter" Verfahren keineswegs einen Gewinn an Berechenbarkeit. Die materiale Ergebnisoffenheit demokratischer Entscheidungsmodi verbietet den Rückgriff auf materiale (substanzialistische)

---

<sup>10</sup>Vgl. insbesondere die Arbeiten von Mayntz, Scharpf und Schimank (Mayntz 1987, 1993; Benz et al. 1992; Scharpf 1993; Mayntz/Scharpf 1995; Schimank 1985, 1988, 1992).

Legitimationsgründe und bedingt eine unerwartete Steigerung des dank der komplexen Entscheidungsmaterien ohnehin erhöhten Niveaus politischer Unsicherheit (Przeworski 1991). Unsicherheitsabsorption ist jedoch auf mehreren Pfaden möglich. Einen wesentlichen Anteil an der Befriedigung von Orientierungsbedarf haben regelmäßig externe Akteure mit wertvollen Ressourcen (der Internationale Währungsfonds, ausländische Regierungen, Banken, Investoren etc.). Die im vorliegenden Zusammenhang vorrangig bedeutsamen Mechanismen der Reduktion von Unsicherheit sind Akteurbündnisse und insbesondere jene Institutionen der horizontalen Koordination und Konfliktregulierung, die in Antizipation der Risiken "offener" Konfliktprozesse ins Leben gerufen wurden bzw. werden. In diesem Sinne ist bereits die Kreation von Interessenverbänden als ein Akt preemptiver Institutionenbildung anzusehen.

## 2.2 Funktionen funktionaler Interessenvermittlung im Transformationsprozeß

Im Zuge der politischen Liberalisierung und der Einführung der Institutionen parlamentarischer Demokratie in den Reformländern Ost(mittel)europas entstanden - mit allerdings deutlicher Verzögerung und in erheblicher Varietät - Systeme der verbandsförmigen Repräsentation und Vermittlung sozialer Interessen. Anlehnend an eine von Stanislaw Ehrlich (1968) eingeführte Unterscheidung können die Repräsentanten von Gruppeninteressen als Elemente eines Systems der "funktionalen" Interessenvermittlung bezeichnet und damit von den Vertretern der in allgemeinen Wahlen artikulierten - "spatialen" bzw. "territorialen" - Interessen unterschieden werden. Es versteht sich, daß es Sinn macht, die nach dem "funktionalen" Repräsentationsprinzip aggregierten Interessen ebenso wie die auf "territorialer" Grundlage artikulierten Interessen auf der Dimension Partikularismus-Universalismus zu verorten.

Hochentwickelte und ausdifferenzierte Verbändesysteme sind in den westeuropäischen Demokratien der Gegenwart anerkannte Institutionen der Interessenvermittlung und politischen Steuerung unter Bedingungen des unhintergehbaren Pluralismus gesellschaftlicher Funktionssysteme, Partikularrationalitäten und Interessendefinitionen. Mag die Bedeutung der verbandlichen Interessenvermittlung von Staat zu Staat sowie im Rhythmus politischer Problemkonjunkturen schwanken,<sup>11</sup> das Verbändesystem erweist sich als eine der wenigen Institutionen, von deren Ausbau oder Modifikation noch Rationalitätsgewinne - neben einer Aufgabenteilung der staatlichen Politik - erwartet werden.<sup>12</sup> Referenzpunkt dieser Kompetenzzuschreibung ist die Beobachtung, daß Interessenassoziationen - auch wenn, ja u.U. sogar, *indem* sie sich als Lobby für partikulare Interessen gebärden - durch die Aggregation, Definition und Repräsentation spezifischer sozialer Interessen *öffentliche Funktionen* erfüllen.<sup>13</sup> Sie vermögen Regierung und Parlamente mit dem in gesellschaftlichen Teilsystemen ausgebildeten Sachverstand zu

---

11 Daß Verbände im Zusammenhang von "top down"-Strategien des gesellschaftlichen Wandels leicht zur prominenten Zielscheibe staatlicher Institutionenpolitik werden können, wie das z.B. die Thatcher-Regierung gegenüber intermediären Institutionen in Großbritannien demonstrierte (Offe 1994b), belegt ihre Schlüsselrolle in sektoralen *governance*-Strukturen.

12 Vgl. Streeck/Schmitter (1985), Schmitter (1991) und Cohen/Rogers (1992, 1994).

13 Für eine ausführlichere Analyse der Medien funktionaler Interessenvermittlung vgl. Wiesenthal (1995b).

konfrontieren, durch zwischenverbandliche Absprachen zur Koordination gesellschaftlicher Teilfunktionen beizutragen und *last not least*, dank der Möglichkeit, Verbandsmitglieder auf zwischenverbandliche Vereinbarungen zu verpflichten, das Koordinationsniveau wie die Berechenbarkeit gesellschaftlicher Prozesse zu steigern. Diese Kompetenzen verdanken sich nicht nur den im Vergleich zu Parteien engeren Beziehungen zwischen Verbandsführung und Mitgliedern, denen ein Minimum an Interessenhomogenität unterstellt werden kann. Vielmehr profitieren Verbände auch von dem Umstand, daß sie nicht den Konkurrenzbedingungen wiederkehrender Wahlen genügen müssen und in viel geringerem Maße als Parteien materialen und prozeduralen Restriktionen unterliegen.

Eine hervorgehobene, bislang aber kaum zureichend erfaßte Bedeutung funktionaler Interessen im Transformationsprozeß läßt sich in drei Argumenten umreißen: (i) Soweit sich in Westeuropa Interessenverbände in unterschiedlichen institutionellen Formen - als Informanten, Implementationshelfer oder ("korporatistische") Partner des Staates - zu anerkannten Medien gesellschaftlicher Steuerung entwickelt haben, werden sie auch für die Akteure postsozialistischer Reformpolitik eine gewisse Attraktivität besitzen. Im Kontext des stattfindenden Institutionenimports ist folglich auch mit der "Übernahme" von Ideen und Konzepten der Aufbauförderung und Beteiligung von Verbänden zu rechnen. (ii) Unter den Bedingungen der Liberalisierung politischer Organisationsformen und des Nullsummencharakters der Wettbewerbsbedingungen des Parteiensystems ist damit zu rechnen, daß artikulationsbedürftige und zugleich artikulationsfähige soziale Interessen - u.U. erst nachdem sie an den Filtern parlamentarischer Präsenz gescheitert sind - ihre Organisations- und Repräsentationschance in den Medien funktionaler Interessenvermittlung suchen werden. (iii) Schließlich darf unterstellt werden, daß staatliche Akteure, die in den ersten Phasen der sozioökonomischen Transformation mit einem Übermaß an Aufgaben der Normsetzung und materialen Steuerung konfrontiert sind, das Entlastungspotential eines repräsentativen Verbändesystems entdecken bzw. zu entwickeln versuchen.<sup>14</sup>

In Extrapolation des letztgenannten Arguments werden im folgenden absehbare und hypothetische Funktionen intermediärer Akteure im Transformationsprozeß sondiert. Im nächsten Abschnitt sind sodann die ausgesprochen "problematischen" Voraussetzungen zu betrachten, auf welche der Aufbau neuer Institutionen unter den Bedingungen des Postsozialismus stößt (2.3).

Die Wahrscheinlichkeit einer sozio-ökonomischen Transformationskrise auf der einen Seite und eine gewisse Varietät politisch-institutioneller Mittel der Krisenbewältigung auf der anderen Seite bilden die Rahmenbedingungen für an die intermediären Akteure adressierten Funktionszuschreibungen. Auch wenn das Reformprojekt in geringerem Maße als zunächst erwartet mit dem Problem der Synchronität politischer und ökonomischer Innovationen belastet ist, stellt der allerorten unvermeidlich eintretende Rückgang von Produktionsvolumina und -potentialen bei gleichzeitiger Steigerung der Responsivität des politischen Systems (was einer Vermehrung populistischer

---

<sup>14</sup>Auch die entwickelten Verbändesysteme Westeuropas verdanken sich in beachtlichem Maße "hilfreicher" Interventionen des Staates (vgl. Streeck 1994).

Politikanreize entspricht) die Reformpolitik vor erhebliche Probleme der Politikkoordination und Legitimationssicherung. Da sich die maßgebenden (regierungsbildenden) Akteure zur selben Zeit veranlaßt sehen, auf kompetitive Strategien der Akquisition politischer Zustimmung überzugehen, kann der Aufbau "rationaler" Problembearbeitungspotentiale im Parteiensystem schwerlich mit dem Anwachsen der Entscheidungslasten Schritt halten; sie bleiben hinter den Anforderungen der Transformationspolitik zurück (vgl. Ágh 1994a).

Die Notwendigkeit, in einer Phase erlahmender sozialer Unterstützung und schwindender Einmütigkeit der Reformer auf eine ökonomische Transformationskrise reagieren zu müssen, wurde in einer Reihe von Transformationsfällen vorhergesehen. Die Akteure bevorzugten unter solchen Umständen Strategien bzw. Innovationen, die Aussicht boten, entweder die Wirksamkeit erwarteter Proteste gegen die Fortführung schmerzhafter Teile des Reformprogramms zu vermindern oder die Bereitschaft zur Unterstützung funktional bedeutsamer Teile des Programms zu steigern und das politische Entscheidungssystem vor der opportunistischen Versuchung zu schützen, langfristig rationale Ziele zugunsten kurzfristiger Gewinne aufzugeben. Zu den geeignet scheinenden Maßnahmen zählt eine Bündelung und *uno actu*-Implementation tiefgreifender Maßnahmen, speziell die sog. Schocktherapie, wie auch die Schaffung von Gremien der korporatistischen Interessenabstimmung und Kompromißfindung. Nachdem sich das "Idealprogramm" einer radikalen und synchronen Implementation aller ökonomischen (auf Liberalisierung und makro-ökonomische Stabilisierung zielenden) Reformen nirgendwo vollständig verwirklichen ließ (wenngleich in einigen Ländern durchaus größere Parteien implementiert werden konnten), reduziert sich das Instrumentarium zur Bewältigung der Übergangskrise auf Versuche, Medien der horizontalen Koordination zu entwickeln: in Gestalt sog. Sozialpakete (Polen), als Arrangement einer "Sozialpartnerschaft" (Rußland) und als Formen korporatistischer (i. d. R. tripartistischer) Interessenvermittlung.

Als Folge der eingetretenen Reduktion der Krisenbewältigungsmittel gewinnen Verbände den Status realer (oder potentieller) Akteure der Koordinierung von und Kompromißfindung zwischen Faktorinteressen, wie sie insbesondere während der Durchquerung des "valley of tears" (Sachs 1991) als zweckmäßig erscheint. Korporatistische Interessenvermittlung, wie sie Institutionenpolitikern vorschwebte und partiell verwirklicht wurde, offeriert im Prinzip ein die Leistungskraft von Regierungskoalitionen übersteigendes Potential an Kompromißmöglichkeiten. Während die an die Konkurrenz um Wählerstimmen gebundene "demokratische" Politik ihrem erklärten Anspruch nach *pareto*-optimalen Lösungen verpflichtet ist (tatsächlich sind regelmäßig auch Kompromisse zu Lasten minoritärer Interessen möglich), scheinen in Verhandlungssystemen jene Kompromißfelder leichter zugänglich, in denen Politikergebnisse dem sog. *Kaldor*-Kriterium genügen. Dieses bedeutet, daß nicht nur solche Optionen zustimmungsfähig sind, die Gewinne ermöglichen, ohne gleichzeitig auch nur einen Beteiligten schlechter zu stellen, sondern auch solche Optionen, die zwar im Individualfall Kosten verursachen, aber nach Saldierung aller individuellen Kosten und Nutzen noch einen positiven Nutzenbetrag aufweisen. Denn ihre Konsensfähigkeit läßt sich durch Ausgleichszahlungen der Nutznießer an die Kostenträger der gewählten Politikalternative sicherstellen (Scharpf 1991; Benz et al. 1992). Es ist unschwer zu erkennen, daß eine Phase rückläufiger Produktionsvolumina und Einkommen (während der Restrukturierung Wirtschaft) exakt den

Anwendungsbedingungen des Kaldor-Kriteriums entspricht, wogegen die Voraussetzungen für pareto-optimale Politiken abwesend bleiben. Wenn ein hohes Maß an Verbindlichkeit in den Austauschbeziehungen der Beteiligten herstellbar ist, erweitert sich das Kompromißfeld durch Verlängerung der Frist, innerhalb welcher Kompensationen für erwiesene Opferbereitschaft zu erbringen sind. Selbstverständlich gründet die Leistungsfähigkeit der horizontalen Koordination nicht nur in Kompromissen über die Zeitstruktur von Tauschakten, sondern v.a. in der Möglichkeit, unterschiedliche "Sachthemen" zu Entscheidungspaketen zu bündeln und von "spot contracts" mit spezifizierten Zugeständnissen und Gegenleistungen zu Formen des "generalisierten Tausches" (Marin 1990) überzugehen. So können Gewerkschaften im Austausch für ihre Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung u.U. günstige Statusrechte (im Hinblick auf überbetriebliche Tarifverträge, Betriebsverfassung und arbeitsrechtliche Interessenwahrung) sowie Mitsprache bei der Gestaltung sozialer Sicherungssysteme erlangen.

Im Unterschied zu politischen Parteien, deren Konkurrenz der Nullsummenregel, einer exogenen Zeitstruktur und der Volatilität des "Wählerwillens" unterworfen ist, sind Verbände die bestgeeigneten (wenngleich nicht immer gute) Agenten generalisierter Tauschverhältnisse. Ob sie unter je gegebenen Umständen die einschlägigen Optionen einer Kompromißfindung in der Sach- und Zeitdimension zu nutzen verstehen, ist dagegen eine empirische Frage.<sup>15</sup> Bei ihrer Beantwortung wird einerseits auf organisationssoziologische Parameter (etwa des Organisationsgrades, der Partizipationsoffenheit und Entscheidungsorganisation sowie der internen Steuerungs- und Verpflichtungsfähigkeit), andererseits auf Umweltbedingungen Bezug zu nehmen sein. Beim Blick auf die in der Verbandsumwelt angesiedelten Voraussetzungen, erscheint der Beitrag funktionaler Interessenvermittlung zur Bewältigung der "Durststrecke" beim Umbau der Wirtschaft von drei weitgehend komplementären, teilweise auch substitutiv wirkenden Faktoren abhängig: (i) zum ersten von "*rationalen*" Erwartungen bzw. Einsichten der Bevölkerung in die Logik einer "investiven" Transformationsstrategie, die anfangs hohe Opferbereitschaft zugunsten der "deferred gratifications" des Reformpakets erfordert; (ii) zum zweiten von der *public mindedness* und den *political skills* der Reformpolitiker, die in allen Detailentscheidungen Wahlmöglichkeiten in der Dimension *Gemeinwohl- vs. Partikularinteressen* antreffen und angesichts ihrer wahlenbedingten Positionsunsicherheit starke Anreize zur opportunistischen Ausbeutung der anstehenden Entscheidungsthemen erfahren; (iii) zum dritten von den horizontalen und vertikalen *Vermittlungsleistungen der Verbände*, welche durch Akte "generalisierten Tauschs" die notwendigen Erfolgsvoraussetzungen "investiver" Reformstrategien (mit)herzustellen vermögen. Selbstverständlich hängt ihre Fähigkeit, als Mediator von individuellen und kollektiven Interessen sowie als Agent horizontaler Koordination zu wirken, von den erwähnten "organisationssoziologischen" Merkmalen, darüber hinaus auch von der Organisationsstruktur der Interessensphäre (etwa dem Grad organisatorischer Zentralisierung) ab.

Der an dritter Stelle erwähnte Faktor, die Repräsentations- und Vermittlungskompetenzen von Interessenorganisationen, steht im Zentrum des hier skizzierten Forschungspro-

---

<sup>15</sup>Diese Feststellungen schließen im übrigen nicht aus, daß in solchen Fällen, in denen hinreichend kompetente Verbände abwesend oder ineffektiv sind, auch funktionale Alternativen, etwa auf seiten der staatlichen Administration, auftauchen mögen.

gramms. Intermediäre Organisationen fungieren dabei nicht nur als Träger von Vermittlungskompetenz, sondern sind aus drei weiteren Gründen signifikant für konkrete Ausprägungen auch der übrigen Faktoren. (i) Als Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft sind Interessenverbände mit einem Grundproblem ihrer Bestands- und Einflußsicherung konfrontiert: Sie bedürfen funktional spezifischer Strategien der Sicherung des Mitgliederbestands (Rekrutierungsfunktion), der Integration der Mitgliedschaft, u.a. zur Sicherung des erforderlichen Minimums an Verpflichtungsfähigkeit (Integrationsfunktion), und zur Herstellung und Erhaltung ihrer Strategiefähigkeit für die Interaktion mit Dritten (Repräsentationsfunktion).<sup>16</sup> Die Gewährleistung aller drei Funktionen verbietet es Verbänden, lediglich als Verstärker und Übermittler von Mitgliederinteressen oder Umwelanforderungen zu wirken. Organisationen können bekanntlich eine Reihe von Mechanismen der Entkoppelung von Umweltreferenzen und Handlungsprogrammen einsetzen, die ihnen ein hohes Maß an Autonomie als kollektives Quasisubjekt verschaffen. Beachtet man ferner die vielfältigen Möglichkeiten der Strukturierung der Binnenkommunikation, des Prozessierens von Informationen, der Sequenzialisierung und Parallelisierung "problematischer" Prozesse, so wird das regelmäßig unterschätzte Varianzpotential deutlich, welches - unter geeigneten Umständen - prinzipiell auch von Interessenverbänden zur Bearbeitung ihrer horizontalen und vertikalen Vermittlungsprobleme mobilisiert werden kann.<sup>17</sup> Die Verfügbarmachung und Selektion der situativ geeigneten Mechanismen ist deshalb als eine Schlüsselvariable organisierter Vermittlungsprozesse anzusehen. (ii) Da Verbände und kollektive Akteure überhaupt das bevorzugte Handlungsfeld und eine wichtige Ressourcenquelle individueller Akteure bilden, sind diese mit den verbandlich sanktionierten Umweltdeutungen und Wertreferenzen konfrontiert, die sie nur unter Risiko ignorieren können. In welchem Umfang Politiker opportunistischen Versuchungen schadlos unterliegen "dürfen", ist zu einem guten Teil von der politischen Kultur "ihrer" Verbände konditioniert. (iii) Analoges gilt für die in der Öffentlichkeit zirkulierenden Erwartungen und Annahmen. Die Entscheidungen und Verlautbarungen von Organisationen, denen ihrem öffentlichen Einfluß entsprechend auch interpretative Konsistenz und Kontinuität unterstellt werden, sind folglich wichtige Orientierungsdaten des "öffentlichen Meinens". Letztere scheint für die zu untersuchenden Zusammenhänge v.a. in den Variablen Institutionenvertrauen (vgl. Seligman 1992; Hibbing/Patterson 1994) und politisch induzierte Unsicherheit (vgl. Borner et al. 1995; Feltenstein 1994) relevant.

In der Zusammenschau aller drei Aspekte wird somit eine gewisse Rekursivität deutlich:

---

16Für eine systematische Analyse dieser Funktionen und ihrer Theoriegeschichte vgl. Wiesenthal (1993a).

17Das betrifft zum einen die Lösung von "collective action"-Problemen z.B. durch selektive Anreize (Olson 1968), differenzierte Gruppen- und Aktionsstrukturen (Oliver et al. 1985; Marwell et al. 1988; Oliver/Marwell 1988), normativ-gemeinschaftliche Normen (Pizzorno 1986) oder "politische Unternehmerschaft" (Salisbury 1984). Zum anderen stehen zur Balancierung der Grundfunktionen der Rekurs auf Untergruppen mit Partizipationsprivilegien oder die Duldung eines desintegrierten Deutungsrahmens zur Wahl (Wiesenthal 1990, 1993a). Unter Bedingungen eines heterogenen und im Zeitablauf variablen Interesseninputs weisen selbst ausgesprochen partizipationsoffene ("basisdemokratische") Mitgliederverbände ein hohes Maß an Nichtlinearität im Verhältnis externer Signale und interner Prozesse auf (vgl. Offe/Wiesenthal 1980). Als Kehrseite des hier hervorgehobenen Varianzpotentials ist folglich die genuine "Nichtneutralität" bzw. der Subjektcharakter der politischen Form "Interessenassoziation" gegenüber ihren konstitutiven Elementen (Mitgliedern und Personal, Zielen und Routinen) zu veranschlagen.

In dem Maße, wie die Motive und "skills"<sup>18</sup> der Reformpolitiker und der Grad allgemeiner Situations- und Institutionenunsicherheit organisationsbedingt sind, erscheinen Organisationen in der Wahl ihrer internen (vertikalen) Vermittlungsmechanismen auch durch ihre entsprechenden Organisationsumwelten konditioniert: der Umwelten ihrer Mitgliedschaft respektive des Führungspersonals. Die vergleichende Untersuchung von Strukturmerkmalen und Interaktionsverhalten der Verbände als Akteure von Institutionenpolitik kann sich deshalb nicht auf die Erhebung organisationssoziologischer Daten, der Interaktionsbeziehungen und der *strategic choices* beschränken, sondern muß auch Variablen der Umwelt, insbesondere in der Dimension Unsicherheit-Vertrauen, Aufmerksamkeit schenken.

## 2.3 Strukturelle und kulturelle Ausgangsbedingungen intermediärer Organisationen

### 2.3.1 Strukturelle Ausgangsbedingungen

Obwohl das politische System des Sozialismus keine autonomen Medien der Interessenvertretung kannte, startete die Selbstorganisation sozialer Interessen nicht gänzlich voraussetzungslos. Über die von Merkmalen des *ancien regime* geprägten Startbedingungen existieren zwei komplementäre Annahmen. Nach der verbreiteten *Tabula-rasa-Hypothese*<sup>19</sup> hinterließ das alte Staats- und Regierungssystem eine atomisierte Gesellschaft, in der die Bereitschaft zur politischen Beteiligung, insbesondere an Formen organisierten Kollektivhandelns, noch längere Zeit unter einem zur Selbstverständlichkeit gewordenen Assoziationsstabilisator leidet. Unter Bedingungen allgegenwärtigen Mißtrauens hatten andere als familiäre Formen der Gemeinschaftlichkeit kaum eine Entwicklungschance. Selbst wenn sich die der Partei als "Transmissionsriemen" dienenden Massen-Mitgliederorganisationen den Anschein von Interessenverbänden gaben, waren sie doch durchweg der direktiven Steuerungslogik einer autoritären Staatsführung subsumiert. Die staatlicher Direktive unterstellte Wirtschaft kam dagegen nicht als Quelle partikularer Interessen in Frage. Punktuelle Verteilungskonflikte zwischen einzelnen Betrieben oder Wirtschaftssektoren wurden im Rahmen der staatlichen Steuerung bearbeitet bzw. unterdrückt. Diese Tabula-rasa-Hypothese korrespondiert dem Eindruck von einer weitgehend homogenen Sozialstruktur im Sozialismus, der hinsichtlich Erwerbsbeteiligung, Lohnskala und Versorgung mit Grundbedarfsgütern einem egalitären Verteilungsprinzip folgte. Unter diesem Blickwinkel erscheint das Transformationsprojekt als von manifesten bzw. bereits organisierten Partikularinteressen unbelastet.

---

<sup>18</sup>Zur Verdeutlichung des Stellwerts den die "political skills" individueller Akteure in akteurorientierten Analysen haben (können), sei nur auf drei Kompetenzfelder verwiesen: (i) Individuelle Kenntnisse und Fähigkeiten zur Organisationssteuerung, insbesondere für den Umgang mit *tradeoffs* der organisatorischen Grundfunktionen, (ii) differenzierte Umweltkenntnisse, welche in Verhandlungssituationen eine korrekte Identifikation der *constraints* und Optionen erlauben, die für das eigene Handeln wie für Dritte wichtig sein mögen, und (iii) das (eher seltene) Talent, "slack" in Interaktionsbeziehungen zu identifizieren und kreativ zu nutzen. (Zu verschiedenen Aspekten des Konzepts "slack" vgl. Wiesenthal 1990: 116ff.)

<sup>19</sup>Für das Tabula-rasa-Argument vgl. Schöpflin (1991), Smolar (1992) und Di Palma (1991a, 1991b).

Die konkurrierende *Konversionshypothese* besagt, daß sich trotz Abwesenheit organisierter Interessengruppen durchaus politische und kulturelle, v.a. aber wirtschaftliche (sektorale) Interessendifferenzen ausmachen ließen.<sup>20</sup> Tatsächlich konnten sich diese keinen eigenen Ausdruck verschaffen, sondern präsentierten sich in Gestalt *parasitär* organisierter Korporativinteressen. Ihre "geheimen" Träger waren (lokale oder regionale) Agenturen der Staats- und Parteibürokratie, Industrieministerien, die Waffengattungen des Militärapparats und andere *Legal*institutionen, die "wie" *special-interest associations* zu agierten. Wirtschaftsprotektionismus und Autarkieorientierung des Spätsozialismus sowie der Rückgang der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seit etwa 1975 werden - in Analogie zu Olsons Erklärung des ineffizienten Interessenpluralismus (Olson 1991) - auf die Virulenz unregelter und ressourcenvernichtender Interessenkonkurrenzen zurückgeführt (Nagy 1991). Das Ende des Sozialismus hat eine ambivalente Wirkung für das Schicksal dieser "alten" Partikularismen. Einerseits läutete er einen schrittweisen Verfall der einstigen Ressourcenbasis und Interessenlagen ein. Andererseits gewannen "alten" Interessen neue Spielräume der Organisation und Selbstverteidigung. Offensichtlich bestreitet die Konversionshypothese nicht die Aussage der Tabula-rasa-Hypothese, daß die sozialistische Gesellschaft außerhalb staatlich lizenzierter Formen "unorganisiert" und "unartikuliert" war. Sie verweist jedoch auf quasi-korporative Interessen, die sich nach Wegfall des Assoziationsverbots nicht mehr unter dem Mantel staatlicher Institutionen verstecken müssen, sondern - nach Maßgabe ihrer modifizierten Ressourcen- und Interessenlage - von den neuen und effizienteren Assoziationsformen Gebrauch zu machen verstehen.

In den Katalog dessen, was alles als "strukturelles" Erbe des Sozialismus Beachtung verdient, gehört auch der eigentümliche Typus großer Produktionsorganisationen (u.a. der sog. Kombinate und ihrer Betriebseinheiten), denn sozialistische Großbetriebe besitzen nur sehr wenig Ähnlichkeit mit Unternehmen, die einer kompetitiven Marktumwelt angepaßt sind. Gemäß der (volkswirtschaftlich ineffizienten) Internalisierungs- und Entdifferenzierungslogik "sozialistischer" Institutionen reagierten die Produktionseinheiten auf exogene Ressourcen- und Kooperationsprobleme regelmäßig mit einer Erweiterung ihrer Fertigungstiefe, d.h. einer Strategie der Autonomiesteigerung gegenüber der Umwelt. Internalisierung wurde nicht nur in Bezug auf technische Funktionen betrieben, sondern auch bei der Versorgung der Belegschaft mit sozialen Leistungen. Die Betriebe entwickelten sich *de facto* zu "social-industrial conglomerates" (vgl. Wiesenthal 1995c), die neben ihren produktiven Hauptfunktionen wesentlich an der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, Gesundheitsdienstleistungen, Kinder- und Altenbetreuung sowie Sport- und Kulturstätten beteiligt waren (vgl. Pedersen et al. 1994: 20).

Genoß das Management der Produktionsorganisationen u.a. aufgrund seiner Rolle als Gewährleister sozialer Sicherheit und Ordnung eine hervorgehobene Stellung in der *Governance*-Struktur des sozialistischen Staates, so vermochte es in den 80er Jahren noch an Autonomie und sozialer Reputation zuzulegen. Kehrseite des staatlichen Rückzugs aus der Wirtschaftslenkung ist eine sukzessive Erweiterung der Handlungsspielräume des Managements bzw. "Direktorats" (Amodio 1993). Sie hat speziell in Rußland

---

<sup>20</sup>Zu Argumenten auf der Linie der Transformationshypothese vgl. Lehbruch (1983), Genov (1991) und Nagy (1991).



zu einer Situation geführt, in welcher die "direktora" der aus staatlichen Zwängen entlassenen, aber weiterhin auf Staatskredite zurückgreifenden Unternehmen über eine Fülle von Optionen verfügen, wie sie unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen kein Pendant findet.<sup>21</sup> Ebenso wenig entspricht der (noch) vorherrschende Zielkatalog unternehmerischen Handelns dem in einer Marktwirtschaft unabdingbaren Orientierungen. Ein Teil des Managements ist noch dem tradierten Funktionskatalog verhaftet, welcher den Sicherheits- und Versorgungsbedürfnissen der Belegschaftsmitglieder bzw. der ortsansässigen Einwohnerschaft denselben Rang zuweist wie der Erfüllung von Lieferkontrakten.

Betrieblicher Universalismus erscheint nicht nur als Hindernis der makro-ökonomischen Stabilisierung, sondern er läßt auch keine Differenzierung der mit den Produktionsfaktoren (respektive sozialen Klassen) von Kapital und Arbeit assoziierten Interessen aufkommen. Vertreter dieser beiden Interessenkategorien sehen sich vielmehr in nahezu allen ökonomischen und politischen Konflikten in einer "natürlichen" Interessengemeinschaft gegenüber dem Staat (Burawoy/Krotov 1992, 1993). Auf der Ebene intermediärer Akteure hat dieser Mangel an Ausdifferenzierung von funktional spezifischen Interessen zwei Konsequenzen: (i) Wo es im Zuge der Entstaatlichung der Wirtschaft nicht zu einer Funktionsteilung zwischen den Repräsentanten von Kapital und Arbeit kommt, bleibt die funktionale Zuständigkeit des Staates für die Kontrolle betriebswirtschaftlicher Rentabilität unangetastet. Gewerkschaften und Wirtschafts- bzw. Arbeitgeberverbände sehen sich weiterhin dem Staat als dem "eigentlichen" Träger ökonomischer Verantwortung konfrontiert, ihre selbstgewählte Funktionsbezeichnung bleibt Fassade.<sup>22</sup> (ii) Wo Produktionseinheiten weiterhin den Funktionskatalog der einstigen *social-industrial conglomerates* bedienen, mangelt es auch an einer wirksamen Repräsentation der Funktionsinteressen von Kapital und Arbeit, deren Interaktion einen Anreiz zur Steigerung von Produktivität und Ressourceneffizienz liefern könnte.<sup>23</sup>

Schließlich ist noch auf ein weiteres Manko in den Startvoraussetzungen funktionaler Repräsentation zu verweisen, dessen Ursache in der gleichzeitigen Begründung *beider* Stränge politischer Repräsentation, der territorialen (parteipolitischen) und der funktionalen (verbandlichen) Repräsentation zu haben scheint. Im Wettlauf um Organisationsressourcen und Einflußpositionen erwies sich jedenfalls das Parteiensystem dem Verbandssystem vom Start weg überlegen. Ersteres profitiert von der hohen Aufmerksamkeit, welche Wahlen genießen, und von seiner *gatekeeper*-Funktion für öffentliche Ämter. Die parlamentarische Repräsentationsschiene verfügt darüber hinaus über ein Organisationsprivileg, das bislang noch nicht in derart reiner Form zum Zuge kam: Unabhängig von Anzahl und Organisationsgrad der Parteien, unabhängig von der Art ihrer

---

21 "Over the years of perestroika a peculiar situation has emerged where factory directors have assumed most entrepreneurial rights without assuming entrepreneurial responsibility. At the same time, most of the newly emerging social stratum of entrepreneurs do not yet act as employers." (Kirichenko/ Koudyukin 1993: 46).

22 Damit wird deutlich, daß auch die akteurorientierte Verbandsforschung nicht umhin kommt, dem institutionellen Kontext sehr aufmerksam zu betrachten (Lehmbruch 1991). So sind z.B. die verschiedenen Zweige des Staatsapparates vom Erosionsprozeß sozialistischer Staatlichkeit recht ungleichmäßig betroffen.

23 Analog der in "labor-managed firms" beobachteten Anreizstruktur ist im Falle zunehmender Budgetrestriktionen mit besonders negativen Beschäftigungseffekten zu rechnen (Hiebert 1992).

Differenzierungslinien und unabhängig von der Wahlbeteiligung der Bevölkerung verbürgt der Mechanismus repräsentativer Wahlen stets ein vollständig besetztes Parlament. Selbst wenn Parteien an Attraktivität verlieren und nur noch ein Fünftel oder ein Zehntel der Bevölkerung an die Urne zu locken verstehen, bleibt das Ergebnis stets dasselbe: ein vollbesetztes und entscheidungsfähiges Abgeordnetenhaus. Der solcherart mit einer Komplettierungsgarantie ausgestattete Parlamentarismus entwickelt sodann dank immanenter Wettbewerbsanreize eine hohe Eigendynamik - nicht zuletzt bei der Erfindung und Ausarbeitung sachlicher und organisatorischer Differenzierungen. Nichts dergleichen begünstigt die Entstehung eines Systems der funktionalen Repräsentation. Bei formal gleichen Ausgangsbedingungen bleibt der Aufbau von Verbänden für die Vertretung von sektoralen, Professions- und (ökonomischen) Faktorinteressen mit Kollektivgutproblemen belastet, die nur teilweise und unter Inkaufnahme von Zielverschiebungen mittels selektiver privater Anreize überwindbar sind. Nachfolge- oder Altorganisationen, die im Systemwechsel einen erheblichen Reputationsverlust erlitten haben, sind kaum im Stande, die verbandliche Repräsentationslücke zu schließen. Da das Verbändesystem weder von Pull-Effekten (wie das Parteiensystem) noch von Push-Effekten starker und selbstbewußter Partikularinteressen profitiert, erscheint es vergleichsweise schwach, fragmentiert und wenig repräsentativ.<sup>24</sup>

### 2.3.2 Soziokulturelle Ausgangsbedingungen

Kollektive Akteure scheinen nicht nur durch die Ambiguität der strukturellen Ausgangsbedingungen ihrer Organisierung, sondern auch durch kognitive und normative Momente der "sozialistisch" geprägten politischen Kultur belastet, welche ihren Niederschlag in aktuellen Orientierungen der Individuen finden. Das betrifft zunächst die von "westlichen" Orientierungsmustern abweichenden Überzeugungen, in denen kollektivistische Annahmen mit einer hohen Wertschätzung für egalitäre Politikergebnisse gepaart scheinen. Des weiteren wird den Mitgliedern ehemals sozialistischer Gesellschaften ein spezifisches Verständnis von Politik und Öffentlichkeit attestiert. Traditionen der "civic mindedness", der politischen Partizipation und insbesondere der Assoziationsbereitschaft für gemeinschaftliche und öffentliche Belange gelten der empirischen Institutionenforschung zurecht als unersetzliche Basisressourcen eines demokratischen Institutionensystems (Putnam 1993). Die Feststellung, daß die Transformationsgesellschaften ein gravierendes Defizit an "öffentlichen" Orientierungen und zivilgesellschaftlicher Partizipationsbereitschaft geerbt haben, ist demgemäß auch für die Einschätzung der Entwicklungschancen eines differenzierten Musters von Interessenorganisationen bedeutsam. In der Tat konnten und mußten die Bürger sozialistischer Staaten die Erfahrung machen, daß praktisch alle wichtigen Aspekte ihrer gesellschaftlichen Existenz - Erziehung und Bildung, Berufstätigkeit und Freizeitaktivitäten, Konsumchancen und immaterielle Gratifikationen - von scheinbar gut lokalisierbaren politischen Entscheidungen determiniert und zu einem erheblichen Teil der eigenen Gestaltung entzogen waren. Diesem Erfahrungstatbestand wird die weite Verbreitung einer widersprüchlichen Einstellung in Bezug auf die neuen politischen Institutionen zugeschrieben: Regierungen werden in

---

<sup>24</sup>Analoge Feststellungen werden für Unternehmer- und Wirtschaftsverbände in Entwicklungsländern getroffen, die sich einem Programm der Liberalisierung ihrer Wirtschaft unterziehen (Moore/Hamalai 1993).

derselben Weise, die gegenüber der sozialistischen Staatsführung angebracht erschien (Meyer 1989), alle sozialen Übel als intentional verursacht angelastet, während noch weniger Bereitschaft als in konsolidierten Demokratien zu bestehen scheint, sich auf die vorhandenen politischen Partizipationsmöglichkeiten einzulassen. Nicht selten gehen dabei betont etatozentrische und quasi anarchistische Überzeugungen Hand in Hand (Sztompka 1991, 1993).

Durchsichtige Manipulationstechniken der einstigen Machthaber und die offiziös praktizierte wie eingeforderte Doppelzüngigkeit im Kommunikationsverhalten haben nach Ansicht intimer Kenner des sozialistischen Vergesellschaftungsmodus die Herausbildung von Verhaltensstilen begünstigt, welche sich einer Reflexion in Kategorien politischer Kultur und öffentlicher Verantwortung entziehen und als Beleg für "zivilisatorische Inkompetenz" (Sztompka) dienen. Vorstellungen von den Voraussetzungen und Formen politischen Handelns erscheinen als uninformiert und unterkomplex. Neben einer krassen Überbetonung der Funktionalität des hierarchischen Steuerungsmodus, die im logischen Widerspruch zu dem in "populären" Protestreaktionen geübten Obstruktions- und Ausweichhandeln steht, sind v.a. zwei, auf den ersten Blick ebenfalls widersprüchliche Momente als Ergebnis politischer Sozialisation im Sozialismus zu veranschlagen. Einerseits scheint eine fundamentale Vorstellung von der "natürlichen" Homologie bzw. Harmonie sozialer Interessen außerhalb von Herrschaftsbeziehungen zu bestehen, die durch die Präsenz heterogener Wirklichkeitsinterpretationen und Handlungspräferenzen in hohem Maße irritiert wird. Da man auf die Kopräsenz legitimer Sonder- bzw. Gruppeninteressen und divergierender politischer Absichten wenig vorbereitet ist, wird ihnen oft vorschnell die Anerkennung versagt. Andererseits - und wohl auch als Pendant enttäuschter Harmonieerwartungen - ist eine Präferenz für formale dezisionistische Formen der Konfliktbearbeitung verbreitet. Konfliktuelle Interaktionen werden dann als bloßes Kräfteressen interpretiert, Verhandlungsbereitschaft und Kompromißsuche gelten mangels Vertrautheit mit diskursiven Verfahren als Indikatoren von Schwäche (vgl. Hausner 1992). Gelegentlich räumen osteuropäische Sozialwissenschaftler ein, daß sie sich stabile "Konfliktlösungen" vor nicht allzu langer Zeit nur als antagonistische, u.U. mit der Liquidation des Gegners verbundene, "Endspiele" vorzustellen vermochten. Als drittes Exempel der Relikte "negativer Modernisierung" (Mänicke-Gyöngyösi 1989) darf folglich die sich oft als Unverständnis artikulierende Unkenntnis prozeduraler Normen angesehen werden. "Due process" als Eigenwert und Metanorm der Institutionen pluralistischer Demokratie findet in den durchweg substanzialistisch definierten Grundwerten sozialistischer Politik kein Pendant.

Ausgehend von diesen Hinweisen und Exemplifizierungen ist für eine längere Phase des postsozialistischen Übergangs mit einer Präsenz politischer Orientierungen zu rechnen, die aufgrund der sowohl im alten wie im neuen Institutionensystem angelegten Referenzen ungewöhnlich heterogen und inkonsistent sind. Die Überlastung der Entscheidungsprozesse - insbesondere bei der häufig auftretenden Verkoppelung von konstitutionellen mit materialen Entscheidungsthemen - läßt den Akteuren wenig Gelegenheit, sich normativen und kognitiven "Lernprozessen" zu unterziehen (vgl. Ágh 1994). Vor diesem Hintergrund mag verständlich werden, was westlichen Beobachtern beim Start des Transformationsprojektes als Wunschdenken und Naivität erscheinen mußte: die verblüffende Selbstverständlichkeit, mit welcher die Institutionen der

parlamentarischen Demokratie als Garanten wirtschaftlicher Prosperität und "der Markt" als Mechanismus einer fairen Gratifikationszuteilung begrüßt - und folglich mißverstanden - wurden. Die geringe Bereitschaft, sich zur Beförderung der individuellen ökonomischen Interessen zu organisieren, wird u. a. auch auf das idealisierte Marktverständnis und die Unkenntnis der kompetitiven Struktur von Kapital- und Arbeitsmärkten zurückgeführt (Ost 1993, 1994). Alles in allem wirken die politisch-kulturellen Voraussetzungen für die Organisation und Institutionalisierung sozio-ökonomischer Interessen eher unterentwickelt, während eine Überwindung der simplizistischen oder mythischen Politikdeutungen kaum anders denn als Resultat praktischer Erfahrungen in und mit den neuen Institutionen vorstellbar ist.

### 3. Zusammenfassende Darstellung von Annahmen und Fragestellung

(1) Der die Untersuchung anleitenden Fragestellung liegt die Annahme zugrunde, daß ein als zweckadäquat<sup>25</sup> diagnostizierter Fortgang der sozio-ökonomischen Transformation ursächlich mit Fortschritten in der Herausbildung eines Systems der funktionalen (inner- und zwischenverbandlichen) Interessenvermittlung assoziiert sein wird.

(2) Unter den Bedingungen der postsozialistischen Transformation kann sich ein System funktionaler Interessenvermittlung nur im Spannungsfeld, d.h. in der Interaktion, zweier Entscheidungsthematiken entwickeln: (i) den im Zusammenhang der sozio-ökonomischen *Transformationskrise* als notwendig wahrgenommenen Entscheidungen und (ii) den im Hinblick auf die Balancierung *verbandlicher Funktionsimperative* getroffenen Entscheidungen.

(3) Problemadäquate Entscheidungsalternativen (*choices*) für den Umgang mit der (Makro-) Problematik der Transformationskrise gruppieren sich um die in Verhandlungssystemen der horizontalen Koordination mobilisierbaren Optionen des generalisierten politischen Tauschs unter Ausschöpfung der in der Sach- und Zeitdimension liegenden Varianzpotentiale. Hervorbringungen der preemptiven Institutionenbildung versprechen ein höheres Problemlösungspotential als die als inhärent dilemmatisch diagnostizierten Institutionen, welche als Ergebnis deliberativ-reaktiver Institutionenpolitik zustande kommen mögen.

(4) Interessenverbände (insbesondere Gewerkschaften sowie Arbeitgeber- und Unternehmerverbände), welche als Akteure institutionalisierter horizontaler Koordination in Frage kommen, stehen unter den Bedingungen ungenügender Organisationsressourcen und eines sich dynamisch wandelnden (staatlichen, makroökonomischen und sozialen) Umfeldes unter dem Druck, ein Mindestmaß an Responsivität gegenüber den akuten situativen Interessen der Mitgliedschaft zu entwickeln und gleichzeitig in ihren "politischen" Strategien, den Kompromißbedingungen für langfristig "rational" scheinende

---

<sup>25</sup>Mit "zweckadäquat" ist im Kontext dieses Forschungsprogramms nicht die Realisierung der von einzelnen Akteur(grupp)en verfolgten Reformabsichten gemeint, sondern die Typik von Maßnahmen, die im Lichte des bereits *erfolgten* Institutionenwandels als angemessen und konsistent erscheinen mögen.

Tauschhandlungen (*policies*) und institutionelle Ordnungen (*politics*) Rechnung zu tragen.

(5) Die den Verbänden im Umgang mit ihren Funktionsimperativen (der Sicherung von Rekrutierungs-, Repräsentations- und Strategiefähigkeit) zugänglichen Kompromisse erscheinen von prinzipiell dilemmatischem Charakter - unter Bedingungen, in denen (i) Organisationshilfen oder Ausgleichszahlungen seitens Dritter (v.a. des Staates) entbehrt werden, (ii) die soziokulturell geprägten Beteiligungsmotive der Individuen mit funktionalen Organisationserfordernissen kollidieren und/oder (iii) Beiträge zur Erhaltung/Herstellung von Institutionen horizontaler Koordination erbracht werden, bevor ein hinreichender Grad verbandsorganisatorischer Konsolidierung erreicht ist.

(6) Für die Balancierung der Funktionsimperative verbandlicher Bestandssicherung sind alternative Techniken der organisatorischen Selbstgestaltung und Prozeßsteuerung verfügbar, die unterschiedliche *trade-offs* für die Verpflichtungs- und Strategiefähigkeit des Verbandes aufweisen. Verbände mit geringer (interner) Verpflichtungs- und (externer) Strategiefähigkeit können keine oder nur ungenügende Beiträge zur Absorption der die (mikroökonomische) Investitionsbereitschaft und den Fortschritt makroökonomischer Stabilisierung beeinträchtigenden Unsicherheit leisten.

(7) *Generalhypothese*: Wirksame Beiträge der verbandlichen Akteure zur Bewältigung der Transformationskrise werden von Faktorkonstellationen erwartet, die sich durch preemptive Institutionsbildung, die Verfügbarkeit von externen oder tradierten Organisationsressourcen sowie den Einsatz innovativer Techniken der Balancierung der verbandsorganisatorischen Funktionsimperative auszeichnen.

(8) *Forschungsziel* ist die interaktions- und entscheidungsanalytische Rekonstruktion von Institutionen der horizontalen Koordination, die sich durch regulative Kompetenz - in Kategorien der Problemträchtigkeit der Entscheidungsthemen und der Verbindlichkeit der Entscheidungen - auszeichnen. Ihre "Produktivität" soll erklärt werden mit Blick auf (i) die Strategiewahlen und (ii) regulativen Kompetenzen der beteiligten Verbände, im Rekurs auf (iii) Parameter der Umweltsituation und (iv) ihrer Interaktionsbedingungen sowie (v) im Kontrast zu weniger produktiven Institutionen und deren Bedingungsstruktur.

#### **4. Empirischer Erkenntnisstand: Systeme horizontaler Koordination**

Für den Zweck einer Bestandsaufnahme von Institutionen der horizontalen Koordination lassen sich den zugänglichen Sekundärquellen genügend Informationen entnehmen, um Fälle zu unterscheiden, in denen (i) Verhandlungssysteme zur Behandlung von Themen der Transformationskrise geschaffen wurden und für deren Ausgang signifikant zu werden versprechen; (ii) Fälle, in denen die potentiellen Teilnehmer an Verhandlungssystemen als unzureichend organisiert und/oder funktional differenziert erscheinen, und solche (iii) Fälle, in denen ein *window of opportunity* für die Institutionalisierung eines geeigneten Verhandlungssystems noch nicht gegeben oder bereits wieder geschlossen zu sein scheint (u.U., weil potentiell Beteiligte auf günstigere Alternativoptionen zu rekur-

rieren verstehen).

(1) Verhandlungssysteme der horizontalen Koordination von Arbeits-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken bestehen derzeit in mindestens fünf Ländern Ost(mittel)europas, nämlich in *Bulgarien, Kroatien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn*. Sie sind nach dem Vorbild westeuropäischer Verhandlungsgremien neo-korporatistischer Provenienz gestaltet und haben eine tripartistische Grundstruktur.<sup>26</sup>

die Nationale Kommission für Interessenkoordination (National Commission for the Coordination of Interests) von 1990 bis 1992 (und danach in erneuerter Form) in Bulgarien,<sup>27</sup>

der Rat für ökonomische und soziale Vereinbarung (Rada hospodárskej a sociálnej dohody, RHSD; Council for Economic and Social Agreement) seit 1990 in der \_SFR bzw. ab 1993 in der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik,<sup>28</sup>

der Ökonomisch-Soziale Rat (Gospodarsko-socijalno vije\_e, GSV; Economic-Social Council) seit 1994 in Kroatien<sup>29</sup> und

der Rat für Interessenabstimmung (Érdkegyeztetô Tanács, ÉT; Council for Interest Accomodation) seit 1988 (bzw. 1990) in Ungarn.<sup>30</sup>

Funktionszuweisungen und Legitimitätsbegründungen nehmen ausdrücklich auf die Funktion der Gewährleistung einer "Sozialpartnerschaft" der organisierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Beteiligung des Staates Bezug. Über die Praxis einzelner Institutionen wird in Fallstudien berichtet; ein systematischer Vergleich wurde noch nicht vorgenommen. In der Gesamttendenz positive Leistungsbewertungen finden sich für die tripartistischen Regulationsgremien der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie Ungarns. Im erstgenannten Fall wird der relative Erfolg des makroökonomischen Stabilisierungsprogramms, das der Bevölkerung bei seinem Start im Jahre 1990 einen 30-%-tigen Reallohnverlust zumutete, dem RHSD zugeschrieben (Orenstein 1994). Der Rat sei zum Forum des Tauschs von gewerkschaftlicher Lohnzurückhaltung gegen Repräsentations- und Partizipationsrechte der Gewerkschaften auf der einen Seite und eine um Vollbeschäftigung bemühte Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der anderen Seite geworden. Damit habe der RHSD entscheidend zu den im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrigen Lohnkosten der Tschechischen Republik, einem ausgeglichenen Staatshaushalt und folglich zu anhaltend günstigen Investitionsbedingungen beigetragen. Zu den Besonderheiten dieser Erfolgskonstellation zählt, daß sie bei der derzeitigen Regierung unter Vaclav Klaus, die als Nutznießerin des tschechischen Korporatismus gilt, nur wenig Anerkennung genießt. Es wird befürchtet, die Regierung wolle sich des

---

26Die beteiligten Interessenrepräsentanten sind demnach regelmäßig entweder dem "Lager" der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber oder der Regierung zugeordnet.

27Vgl. Pedersen et al. (1994).

28Vgl. Brokl/Mansfeldová (1993), Haller et al. (1993), \_ambaliková, (1994), Haller/Schaller (1994), Mansfeldová (1994) und Orenstein (1994).

29Vgl. Zakosek (1994).

30Vgl. Kurtán (1993, 1994), Brusis (1994) und Greskovits (1994).

RHSD, der sich nicht ihrer Initiative, sondern einem Vorstoß sozialdemokratischer Kreise im damaligen Bürgerforum verdankt, bei passender Gelegenheit entledigen.

Dem ungarischen Tripartismus wird zugute gehalten, daß er in akuten Verteilungskonflikten trotz zunehmender Intransigenz der Beteiligten dazu beitrug, die Prognose zu widerlegen, nach welcher die Reformländer Ost(mittel)europa zwangsläufig einem "makroökonomischen Populismus" zum Opfer fallen müßten (Greskovits 1994). Gleichwohl scheint das in Ungarn entstandene Verhandlungssystem deutlicher als das der Tschechischen Republik zu exemplifizieren, wie eng die Grenzen für Koordinationserfolge gezogen sind, wenn alle beteiligten Parteien noch um Fortschritte ihrer organisatorischen Konsolidierung und Identitätsgewinnung bemüht bleiben (müssen).<sup>31</sup>

Alle Fälle dieser Kategorie (eventuell mit der Ausnahme Kroatiens) zeichnen sich durch ein spezifisches Muster der Verteilung von Handlungsoptionen aus, in welchem der Staat gegenüber den Repräsentanten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber privilegiert ist. Preemptive Institutionenbildung ist offensichtlich das Resultat des Präventivhandelns eines "starken" Staates vis-à-vis "unterorganisierter" gesellschaftlicher Akteure, die - zumindest zum Zeitpunkt der Institutionalisierung des Verhandlungssystems - mangels Alternativen *jede* Option ihrer Anerkennung und Politikbeteiligung begrüßten.

(2) In der *Russischen Föderation* scheinen funktionale Interessen, insbesondere die Faktorinteressen von Kapital und Arbeit, vergleichsweise wenig differenziert. Der Tenor vorliegender Forschungsbefunde läßt vermuten, daß die Voraussetzungen zur Institutionalisierung eines Systems horizontaler Interessenkoordination, von welchem signifikante Beiträge zur Bearbeitung der Transformationskrise erwartbar wären, nicht erfüllt sind. Der Akzent dieser Aussage liegt auf dem Wort "Institutionalisierung", da die vorhandenen Institutionen politischer Steuerung - gemessen an Problemdiagnosen, die auf systematische oder legalistische Konsistenzkriterien abheben - ein bemerkenswert hohes Niveau an Koordinationsfähigkeit aufweisen, während sie gleichzeitig einen in seinen Koordinaten nicht immer transparenten Veränderungsprozeß durchlaufen. Nach dem Verfall der zentralstaatlichen Steuerungsstruktur haben sich verschiedene, teilweise komplementäre, teilweise konkurrierende Interaktionsformen herausgebildet, die u.a. als Elitennetzwerke der regionalen und sektoralen Koordination beschrieben und in Bezug auf ihre Wirkungsweise als Koordinationsregime analysiert werden (Brie/Stykov 1995). In Abwesenheit ausdifferenzierter Faktor- bzw. Klasseninteressen haben Differenzierungen regionaler und sektoraler Art sowie das Verhältnis von Zentrum und Peripherie Bedeutung gewonnen.

Ungeachtet der übereinstimmend konstatierten "Unterentwicklung" genuiner Interessenpositionen von Arbeit und "Kapital" wurde im Jahre 1992 per Regierungserlaß ein tripartistisches Komitee der Sozialpartnerschaft ins Leben gerufen.<sup>32</sup> Seine Agenda umfaßt Fragen der Einkommens-, Arbeits- und Sozialpolitik. In Anbetracht der unklaren Funktionsteilung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, dürfen allerdings die Konsequenzen der Beratungs- und Entscheidungsaktivitäten weder überschätzt noch mit

---

31Vgl. Laki (1993), Greskovits (1994), Lomax (1994) und Vass (1994).

32Vgl. Kirichenko/Koudyukin (1993) und Pedersen et al. (1994, 1995).

den Resultaten der anderenorts gebildeten tripartistischen Verhandlungssysteme gleichgesetzt werden. Die Erosion staatlicher Regulationskapazität, die Devolution der faktischen *Governance*-Kompetenz von der Zentralregierung auf Lokalregierungen und regionale Verhandlungssysteme sowie die seit der *perestroika* eingetretenen Autonomiegewinne auf der Führungsebene der Unternehmen weisen der derzeit in Rußland institutionalisierten "Sozialpartnerschaft" eine überwiegend symbolische Bedeutung zu. Das dürfte so lange der Fall bleiben, wie sowohl Gewerkschaften als auch die fragmentierten und wenig repräsentativen Arbeitgeberverbände die Fähigkeit entbehren, ihre auf situativ-opportunistische Strategien der Bestandssicherung festgelegten Klientels zur Respektierung der in Spitzengesprächen und Kollektivverhandlungen erzielten Vereinbarungen anzuhalten. Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß dereinst von einer Regierung, die ihren Bedarf an Koordinationspartnern und Implementationshelfern erkennt, Anreize zur Konsolidierung der Verbändestruktur gesetzt werden, in deren Folge die symbolische "Sozialpartnerschaft" Koordinierungsfunktionen gewinnt, welche den Spielraum für Maßnahmen der makroökonomischen Konsolidierung vergrößern.

(3) Struktur und Probleme der Interessenvermittlung auf der Meso-Ebene, wie sie sich in wechselnden Konfigurationen seit 1990 in *Polen* darbieten, weichen ebenso deutlich von den Fällen einer gelungenen wie dem der symbolischen Institutionalisierung ab. Die in Polen bestehenden Sonderbedingungen erklären sich aus den spezifisch polnischen Pfaden zum und im Systemwechsel. Anders als in den anderen ost(mittel)europäischen Reformländern (einschließlich Ungarns) war die Transformation der politischen Herrschaft das Ergebnis einer zur Volksbewegung ausgewachsenen Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft.<sup>33</sup> Folglich tritt hier stärker als anderswo ein für alle Reformstaaten (außer Rußland) typisches Merkmal der funktionalen Interessenrepräsentation im Postsozialismus in Erscheinung: die organisatorische und politische Schwäche von Unternehmerverbänden relativ zu den Gewerkschaften. In Gegenwart der auch nach ihrer politischen Ausdifferenzierung immer noch mobilisierungsstarken und hochlegitimierten Gewerkschaft *Solidarno*\_\_, welche sich mit der ebenfalls konsolidierten (einstigen Staats-) Gewerkschaft OPZZ in einem kontinuierlichen Organisations- und Einflußwettbewerb befindet, erscheint die Gelegenheitsstruktur für polnische Unternehmerinteressen relativ ungünstig. Zwar konnte sich die *Solidarno*\_\_ in der gewandelten Umwelt nicht mehr als eine thematisch umfassende und organisatorisch integrierte politische Bewegung erhalten, doch vermochte der Gewerkschaftsflügel noch lange Zeit der aus *Solidarno*\_\_-Kreisen gebildeten Regierung als Flankenschutz bei der Implementation "radikaler" Wirtschaftsreformen zu dienen. Nirgendwo sonst konnte eine Reformregierung in vergleichbarem Umfang auf die aktive Unterstützung einer starken Gewerkschaft bauen. Während *Solidarno*\_\_ 1990 in der Rolle einer inklusiven Sozialen Bewegung das als Schocktherapie identifizierte Maßnahmenpaket des Finanzministers L. Balcerowicz gegenüber der Arbeiterschaft erfolgreich verteidigte, entsann sie sich später im Zuge der Unternehmensprivatisierung ihrer Funktion als Repräsentant von Arbeiterinteressen und befindet sich seitdem in einer ausgesprochen ambivalenten, durch die Konkurrenz der OPZZ zusätzlich belasteten Position.

Daß nicht etwa Unternehmerverbände, sondern staatliche Akteure der wichtigste

---

<sup>33</sup>Vgl. Ekiert (1992), Hausner (1992, 1994) und Tatur (1994).



Adressat gewerkschaftlicher Forderungen sind, gilt durchweg für alle postsozialistischen Demokratien, in denen die organisierten Wirtschaftsinteressen von keinerlei Ressourcen oder Überbleibseln des alten Regimes profitieren konnten. Eine extreme Ausprägung dieser verbreiteten Interessenkonstellation in Polen dürfte auch die geringe Neigung des Staates erklären, seine Verantwortung als makroökonomischer Regulator und zugleich größter Arbeitgeber mit den autonomen Arbeitgeberverbänden zu teilen und die wirtschafts- und sozialpolitische Bearbeitung der Transformationskrise einem Gremium der horizontalen (tripartistischen) Koordination zu übertragen. Unternehmerverbände spielten bislang in den Lohntarifverhandlungen zwischen (betrieblichen) Gewerkschaftsrepräsentanten und Regierungsvertretern eher die Rolle des kritischen Beobachters als die eines kompetenten Betroffenen. Wegen der auch im Management der (quasi-staatlichen) Großbetriebe verbreiteten Bereitschaft, Belegschaftsforderungen nachzugeben, hatte die Regierung vorübergehend eine Strafsteuer zur Sanktionierung einer Überschreitung der administrierten Lohnobergrenze (das sog. *popiwiek*) eingeführt. Regelmäßig gelangt das Thema einer Verabredung zeitlich befristeter "Sozialpakts" zwischen Staat und Gewerkschaften auf die Agenda. Beispielsweise verpflichteten sich die Gewerkschaften in dem 1992 mit der Regierung und Unternehmerverbänden geschlossenen "Pact on the State Enterprise in Reconstruction" den Fortgang der Privatisierung und Rationalisierung von Großbetrieben zu tolerieren, wofür ihnen der Staat die Gewährung der Tarifautonomie in Aussicht stellte.

Der Eindruck der Singularität der in Polen entstandenen Akteurkonstellation verflüchtigt sich, wenn man den Blick über die Fälle postsozialistischer Transition hinaus auf weitere Exempel eines in Kategorien der inklusiven Demokratisierung zu beschreibenden Systemwechsels richtet. Es liegt auf der Hand, die Demokratisierung der *Republik Südafrika (RSA)* und die mit ihr assoziierten verteilungspolitischen Konsequenzen als ein hinsichtlich Umfang, Tiefe und Risikobehaftetheit vergleichbares Transformationsprojekt einzuschätzen. Die Überwindung des Apartheid-Regimes als Ergebnis einer Serie von Verhandlungen, welche schließlich in den Transfer der legalen Macht mündeten, weist mehrere Parallelen mit dem Emanzipationsprozeß speziell der polnischen Gesellschaft auf. Das gilt vor allem für die Kontinuität der Organisationen, die sich soziale Bewegungen (als Arbeiter- bzw. Volksbewegung) einerseits in Gestalt der *Solidarno*\_\_, andererseits in Gestalt des *African National Congress (ANC)* und des *Congress of South African Trade Unions (COSATU)* zu schaffen verstanden. Wie den Reformstaaten Ost(mittel)europas wurde auch der Republik Südafrika eine Transformationskrise als Folge drastisch erhöhter Verteilungsansprüche, einer gesteigerten Responsivität (und v. a. Zugänglichkeit) des politischen Systems sowie als indirekte Konsequenz einer Lohn-Preis-Inflation, die zur Verschlechterung der Investitionsbedingungen führt, in Aussicht gestellt. Die Vermeidung bzw. Moderation der Transformationskrise wurde zum unstrittigen und prioritären Ziel der Regierung Mandela. Es überrascht also nicht, diesen Transformationsfall als ein für Vergleichszwecke heuristisch und analytisch geeignetes Testobjekt der einschlägigen (v. a. von Przeworski 1991 skizzierten) Hypothesen wiederzufinden (Adler/Webster 1995). Im übrigen handelt es sich um eines jener Reformprojekte, die nicht nur den in der Parteienkonkurrenz angelegten Standardanreizen des *macro-economic populism* ausgesetzt sind, sondern - im Unterschied zu Polen und Ungarn: von Anbeginn an - durch eine Mitte-Links-Regierungskoalition gesteuert werden. Diese ist im Unterschied zu Rechts-

oder Mitte-Rechts-Regierungen spürbar durch die organisierten Kollektividentitäten von Massenorganisationen geprägt und somit in spezifischer Weise in ihren Entscheidungen durch populäre Erwartungshaltungen konditioniert. Ebenso wenig wie in Ost- (mittel)europa läßt sich in der RSA die Erfüllung der von großen Teilen der schwarzen Bevölkerung artikulierten Ansprüche auf eine fernliegende Zukunft vertagen. Sozialdemokratisch orientierte Akteure im Umkreis der Mandela-Regierung plädieren unter diesen Umständen für die möglichst umgehende Verlagerung zentraler *policy*-Entscheidungen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik in die tripartistischen Verhandlungssysteme, denen ein gewisses Moderations- und Koordinationsvermögen gegenüber den absehbaren Verteilungskonflikten unterstellt wird (Webster 1995). So wurde kurz nach den Wahlen 1994 das Verhandlungssystem "Nedlac" gesetzlich institutionalisiert, nachdem es vor den Wahlen von Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Regierung ausdrücklich zur Prävention einer Transformationskrise konzipiert worden war. Das "Nedlac" erfüllt die Kriterien der preemptiven Institutionenbildung.

Mit der Aufnahme Polens und des analog strukturierten Falles RSA in das Sample einer vergleichenden Untersuchung von Fällen der Institutionengenesese tritt in den Variablen der Meso-Ebene ausreichend Varianz ein, um die Leistungsfähigkeit konkurrierender Kausalmodelle für die Erklärung von Institutionalisierungs- und Regulierungsfolgen zu testen. Die erste Fallgruppe (Ostmitteleuropa) unterscheidet sich von der zweiten Fallgruppe (Rußland) insbesondere hinsichtlich der eine Konsolidierung des politischen Systems indizierenden Variablen. Während Rußland ein fragmentiertes, teilweise mit konkurrierenden (legalen und extralegalen) *Governance*-Strukturen ausgestattetes System von "Staatlichkeit" zu attestieren ist, haben die ostmitteleuropäischen Staaten relativ konsolidierte (im Vergleich zu genuin gesellschaftlichen Akteuren sogar "stark" anmutende) Regierungs- und Verwaltungssysteme ausgebildet. In den Dimensionen der Organisiertheit und Repräsentativität verbandlicher Akteure weisen Rußland und Ostmitteleuropa jedoch ähnliche Werte auf: Interessenverbände als Medien horizontaler und vertikaler Interessenvermittlung sind schwach, durchweg fragmentiert und oft hochkompetitiv, d.h. in ihrer weiteren Entwicklung mit hohen Transaktionskosten belastet. In dieser Dimension bringen Polen und die RSA Varianz in die Fallauswahl: Ihre Medien der Repräsentation kollektiver Arbeitnehmerinteressen sind ähnlich hoch entwickelt, Differenzen beschränken sich auf das Feld der organisierten Kapitalinteressen.

(4) Eine weitere Fallkategorie stellt schließlich das in *Ostdeutschland* per Institutionenimport und Organisationstransfer zustande gekommene System der horizontalen Koordination dar. Trotz ungewöhnlich günstiger Ausgangsbedingungen werden selbst für diesen Fall signifikante Repräsentations- und Steuerungsdefizite (Ettl/Wiesenthal 1994) sowie Probleme der organisatorischen Konsolidierung (Ettl/Heikenroth 1995) berichtet, die seine Aufnahme (weniger als Untersuchungsgegenstand denn als vorliegendes Datenset) in den Katalog der zu vergleichenden Fälle von Institutionenbildung rechtfertigen. In Abb. 3 (auf der folgenden Seite) ist eine hypothetisch Zuordnung der diskutierten Fälle zu den oben (in Abb. 2) illustrierten Modi der Institutionengenesese vorgenommen.

## 5. Untersuchungsgegenstände, Theorien, Methoden

### 5.1 Die Untersuchungsgegenstände

Untersuchungsgegenstände sind Institutionen sowie Projekte der Meso-Ebenen-Koordination korporativer Akteure gesellschaftlicher Interessenvermittlung in Bulgarien, der Polen, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn. Als Kontrastfälle dienen die Russische Föderation, die Republik Südafrika und Ostdeutschland. In diesen Fällen kommen entweder funktionale Alternativen zur Anwendung oder die Voraussetzungen (insbesondere die Notwendigkeit der institutionellen Bearbeitung einer Transformationskrise) scheinen nicht gegeben. Im Mittelpunkt stehen sowohl die Resultate institutioneller Innovationen - als intendierte oder emergente Realisationen politischer Präferenzen - als auch institutionelle Designs mit u.U. ungewissen Chancen der Verwirklichung. Die Gleichbehandlung von Bemühungen *um* die Institutionalisierung von Verhandlungssystemen horizontaler Koordination mit Bemühungen *im* Rahmen bzw. *in* Bezug auf die Beiträge solcher Verhandlungssysteme für die Bearbeitung der Transformationskrise schärft den Blick für die Faktoren der "politischen Nachfrage" nach solchen Institutionen und den ggf. verfügbaren oder herstellbaren funktionalen Äquivalenten.

		Verfahren	
		autoritativ	deliberativ
Wirkung	präventiv	preemptive Institutionenbildung <i>Fallgruppe 1:</i> <b>Bulgarien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, RSA</b>	("politische Planung")  <i>(Kontrastfall: "Aktive Politik" BRD 1969-76)</i>
	reaktiv	("Ausnahmerecht")  <i>Fallgruppe 4:</i> <b>Ostdeutschland 1990</b> <sup>34</sup>	Dilemmasituation  <i>Fallgruppe 2: Rußland</i>

<sup>34</sup>Der Transformationsfall Ostdeutschland ist gewiß kein reiner Fall reaktiv/autoritativer Institutionenbildung. Die hier vorgenommene Klassifikation hat in erster Linie heuristischen Sinn. Am ostdeutschen Fall lassen sich zumindest solche Aspekte der Institutionengeltung studieren, welche mit dem dezidierten Verzicht auf (präventive) spezifische Interimslösungen (vgl. Pejovich 1994), der Abwesenheit eines entscheidungsrele-

Abb. 3: Hypothetische Modalvarianten der Institutionengenesse

Um die oben (unter 1.5 und 3) entwickelten Thesen testen zu können, sind für Fälle beider Art, d.h. der vollendeten wie der intendierten Institutionalisierung, komparative Voraussetzungs-, Funktions- und Performanzanalysen vorgesehen. In allen drei Hinsichten liegt das Schwergewicht auf den Phänomenen der Meso-Ebene. Zur Erfassung der relevanten Umweltaspekte intermediärer Akteure werden jedoch auch Variablen auf den übrigen beiden Ebenen soziologischer Analyse erfaßt: Auf der *Mikroebene* handelt es sich um Indikatoren politischer Kultur und des Niveaus wahrgenommener institutionenbedingter Sicherheit/Unsicherheit. Auf der *Makroebene* verdienen einerseits signifikante Aspekte des Entscheidungskontextes (ökonomische Aggregatgrößen, Bedingungen internationaler Interaktion etc.), andererseits die aggregierten *outcomes* der Entscheidungsproduktion Beachtung. Hauptgegenstand der Untersuchung sind - auf der *Mesoebene* - die Konstitutionsbedingungen und die Interaktionen der kollektiven Akteure, v.a. der Interessenorganisationen in den jeweiligen Politikbereichen, sowie der politischen Parteien, Regierungen und staatlichen Verwaltungen. Soweit möglich und methodisch gerechtfertigt werden Daten über die Ausprägung entsprechender Phänomene in Ostdeutschland zu Vergleichszwecken sowie zum Test auf die Verallgemeinerbarkeit der verwendeten Erklärungen herangezogen.

Die zu untersuchenden Politikbereiche umfassen den sachlich aufgrund signifikanter "Tauschoptionen" als zusammengehörig identifizierten Bereich der *Einkommens-, Arbeits(markt)- und Sozialpolitik*. Dieser stellt dank seiner verteilungspolitischen Prominenz und wegen der Interdependenz mit den Produktivitäts- und Investitionsbedingungen den Kernbereich der Artikulation der Transformationskrise dar. Die Liste der analysierten Politikbereiche wird von Fall zu Fall entsprechend der tatsächlich verhandelten Themen zu ergänzen sein. Hier ist - in Fortsetzung bereits laufender Forschungsarbeiten - an zwei Bereiche gedacht: (i) den *Landwirtschaftssektor*, der im Rahmen des Transformationsprojektes in nahezu allen Reformländern eine "Sonderbehandlung" entsprechend institutioneller und/oder nationalkultureller Traditionen erfährt, und (ii) den *Wohnungssektor*, der einen der Schnittpunkte der Reform der Wirtschafts- und Sozialverfassung der Reformländer bildet.

Während das Hauptgewicht der Forschungsarbeit auf der Erstellung von Reports liegt, in denen für jedes der in die Untersuchung einbezogenen Reformländer eine systematische Deskription der Institutionenbildungsprozesse anhand des für *thick explanations* erforderlichen Datenmaterial erfolgen wird, ist das Ziel der Untersuchung die vergleichende Analyse von Kausalfaktoren der Konstitution und Performanz von Mesoebenen-Koordination unter Streßbedingungen. Die wichtigsten erklärungsbedürftigen Differenzen im Phänomenbereich sind: (i) das Zustandekommen

---

vanten Reformdiskurses und der (reaktiven) Implementation des westdeutschen Instrumentariums der Krisenbewältigung in kausalem Zusammenhang zu stehen scheinen (vgl. Wiesenthal 1995d).

vs. Nichtzustandekommen vs. Funktionsäquivalente der Meso-Ebenen-Koordination sowie (ii) die Faktoren der "preemptiven" und der dilemmatischen Modi der Institutionenbildung. Die Erarbeitung von Arbeitshypothesen, welche Aufmerksamkeit fokussieren und die Identifikation der mutmaßlich beteiligten Faktoren erleichtern können, steht am Anfang der Projektarbeit.

## 5.2 Theoriehintergrund der Analysekonzepte

Die folgenden Bemerkungen zur theoretischen Fundierung des Forschungsansatzes verstehen sich als Ergänzung der zu dieser Thematik vorliegenden Studien des Verfassers und einiger Mitglieder der MPG-Arbeitsgruppe Transformationsprozesse. Sie haben in erster Linie resümierende Funktion. Der theoretisch-konzeptionelle Orientierungsrahmen des Projekts ist durch den *constrained choice*-Ansatz der handlungs- und entscheidungsorientierten Politikforschung bestimmt, wie er in systematischer Weise in Arbeiten aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung - neuerdings unter dem Etikett des "akteurorientierten Institutionalismus" - (Mayntz/Scharpf 1994) zur Anwendung gelangt. Seine wichtigsten Elemente sind (i) der vom *Bounded rationality*-Ansatz der Organisations- und Entscheidungsforschung informierte politikwissenschaftliche Institutionalismus und (ii) ein kausal-intentionales Verständnis von Interaktions-, insbesondere politisch-strategischen Prozessen, das dem methodologischen Individualismus verpflichtet ist und darüber hinaus (iii) den handlungsorientierenden Aspekten kollektiver Wirklichkeitsinterpretationen (*cognitive frameworks*) Aufmerksamkeit schenkt.<sup>35</sup>

In dieser Perspektive stehen die Binnenverfassung, v. a. die Organisationsstruktur und das Entscheidungssystem, sowie die Interaktionsbeziehungen korporativer Akteure im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Letztere sind sowohl als Autoren institutioneller Ordnungen als auch als deren Elemente und bedeutsamstes Varianz- und Innovationspotential unterstellt. Die Rekonstruktion der genetisch-strukturellen und der prozessualen Momente vermag nur im informierten Rekurs auf Einsichten des politikwissenschaftlichen Institutionalismus und der Theorie rationaler Wahlhandlungen zu gelingen. Diese dürfen entgegen einer verbreiteten Auffassung als konzeptionell komplementär angesehen werden.

In der *institutionalistischen* Perspektive erfahren die Geschichte, der Herkunftskontext und der Traditionszusammenhang der neuen Institutionen, worunter im folgenden auch die institutionell vorausgesetzten und ggf. privilegierten Akteure verstanden werden, besondere Beachtung. Formale Regeln gelten in dieser Perspektive nicht "an sich", sondern sind nur insoweit relevant, wie sie redundante, d.h. auf Früheres verweisende Handlungen bewirken. In diesem Sinne erlangen die mit den Institutionen assoziierten Wertvorstellungen, normativen Leitbilder und Wirklichkeitsdeutungen, vor allem aber Interessenlagen (Ressourcenverteilungen) und Interaktionsmuster (Beziehungsnetzwerke, Kooperationsnormen) Bedeutung. Aus dem Blickwinkel eines (soziologisch aufgeklärten)

---

<sup>35</sup>Vgl. auch Mayntz/Scharpf (1995), Elster (1987) und Wiesenthal (1987a, 1990, i.E.).

*Rational choice*-Ansatzes<sup>36</sup> sind es nicht bloß die Kontinuitätsgaranten von Entscheidungsordnungen, die Daten zur Erklärung von Handlungen enthalten. Von gleicher Bedeutung erscheinen die Herausforderungen und Optionen von *Entscheidungslagen*. Auch Orientierungstraditionen, welche ihren Geltungsraum nur in den Kognitionen der Akteure finden, die zur Formulierung von Präferenzen und Handlungsabsichten anleiten, unterliegen wechselnden situativen Einflüssen. Welche Aktualisierung der kognitive Bestand in konkreten Entscheidungen findet, erscheint nicht determiniert (etwa durch den "Habitus" des Akteurs). Vielmehr mögen veränderte Umweltbedingungen und widersprüchliche oder verblässende Orientierungsbestände zu Entscheidungsanlässen werden, in denen die Akteure ihren Bedarf an Selbstvergewisserung weniger per Rückblick als im Blick ("nach vorn") auf die gegeben scheinenden Handlungsalternativen zu befriedigen suchen: insbesondere im Wege der Sondierung der möglichen Konsequenzen ihres Handelns. Wenn sie dennoch, z.B. angesichts perzipierter Erfolgsunsicherheit, auf "bewährte" Routinen zurückgreifen, tun sie das nicht besinnungslos, sondern nach Abwägung mit anderen risikoreichen Optionen.<sup>37</sup> Da der rationale "Konsequenzialismus" den Akteuren lediglich die Intention unterstellt, rational auf Probleme des rationalen Handelns zu reagieren, besteht die Essenz eines Perspektivenwechsels vom Institutionalismus zur Handlungsanalyse nicht in einem anderen Entscheidungsbegriff, sondern in der "Aufhellung" der *variablen* und *spezifischen* Momente der *Entscheidungssituation*. Das bedeutet für die Analyse korporativen Handelns im Zusammenhang der institutionellen Transformation nicht mehr und nicht weniger, als die besonderen Umstände und Gelegenheiten (d.h. die *opportunity structure*) als potentiell erklärungs-tüchtige Variablen zu behandeln.

Vor dem Hintergrund der organisationsökonomischen (vom Transaktionskostenansatz informierten) und organisationssoziologischen (über Mechanismen normativer Integration informierten) Ansätze der Verbändeforschung, wird die Analyse von Phänomenen der Meso-Ebene von einem problemzentrierten Verständnis korporativer politischer Akteure als Mitgliederverbänden angeleitet. Diese sind insofern ein kontinuierliches "Problem für sich selbst", als sie in der Bezugnahme auf zwei disjunkte Handlungssphären, einerseits die durch normative und ökonomische Beziehungen gebildete Mitgliederumwelt, andererseits die durch Leistungsaustausch, Konkurrenz und strategische Interaktion konstituierte "politische" Umwelt, mit drei Funktionsproblemen konfrontiert sind: dem Problem der Sicherung ihrer Mitgliedschaftsbasis (Rekrutierungsfunktion), dem Problem ihrer Reproduktion als kommunikativ integriertes Sozialsystem und dem Problem der Gewährleistung externer strategischer Erfolge (Exekutivfunktion).<sup>38</sup> Entscheidungen müssen neben themenabhängigen externen und internen Referenzen auch den Bedingungen der Balancierung dieser Grundfunktionen Rechnung tragen. Einer weithin akzeptierten Arbeitshypothese zufolge, geraten *policies*, die in spezifischer Weise einem der beiden Umweltsegmente angepaßt sind, in Konflikt mit Erfolgsbedingungen des

---

36Zur Differenz zwischen dem krude ökonomischen und einem "aufgeklärten" *Rational choice*-Ansatz vgl. Elster (1987) und Wiesenthal (1987a).

37Eine Option zum Umgang mit Unsicherheit, über die Akteure auf der Meso-Ebene, d.h. Kollektive und insbesondere Organisationen, verfügen, ist die Duldung spezialisierter, aber inkompatibler Umweltdeutungen in ihren diversen Subsystemen (Wiesenthal 1990, 1993a).

38Für eine systematische Darstellung vgl. Wiesenthal (1993a).

Handelns im bzw. gegenüber dem anderen Umweltsegment.<sup>39</sup> Die Perzeption der relevanten Handlungs(um)welten im allgemeinen und der akteurspezifischen Gelegenheitsstrukturen im besonderen ist durch, nicht selten als Teil von Identitätsdefinitionen institutionalisierten *cognitive frames* konditioniert. Diese umfassen die zur Instruktion von Organisationsentscheidungen mobilisierbaren kognitiven und normativen Annahmen (Wiesenthal i.E. a). Ihre Dynamik ist häufig, aber nicht notwendig exogener Natur; sie kann sich auch endogenen Modifikationen des Aspirationsniveaus oder der Präferenzordnung des Akteurs verdanken. Deshalb dürfen Akteurentscheidungen und folglich auch die Resultate strategischer Interaktion nicht umstandslos einem stabilen Set situativ gegebener Interessen zugeschrieben werden. Sie sind u.U. nur mit Rekurs auf eigendynamische Sequenzen von "Organisationslernen" (Wiesenthal 1995e) erklärbar.

### 5.3 Methoden

Entsprechend dem für den Untersuchungsgegenstand in Frage kommenden theoretischen Ansatz folgt die Erarbeitung der einzelnen Fallstudien der Methodik historiographischen Arbeitens. Informationsquellen sind Dokumente und schriftliche Prozeßdokumentationen der Institutionen bzw. Akteure, thematisch einschlägige Untersuchungen politikwissenschaftlicher Art sowie interpretative und programmatische Willensbekundungen der Beteiligten (politische Parteien, Regierungen, Verbände, Verhandlungsgremien).

Zur Erfassung der auf der Mikroebene lokalisierten Variablen werden einerseits Sekundäranalysen von Zeitreihen-Daten der repräsentativen Surveyforschung über politische Einstellungen, Erwartungen und Zufriedenheitsbekundungen vorgenommen, wie sie insbesondere im Rahmen des "New Democracies Barometer" vom "Centre for the Study of Public Policy" (University of Strathclyde, Glasgow) regelmäßig erhoben werden. Andererseits ist eine vergleichende Repräsentativerhebung von Indikatoren des Institutionenvertrauens bzw. der (wirtschafts-, finanz- und sozial)politischen Unsicherheit aufseiten privater Investoren geplant, die - u.a. aus Gründen der Vergleichbarkeit - auf bereits für diesen Zweck entwickelte Instrumente (schriftliche Befragung mit standardisiertem Fragebogen) zurückgreift (z.B. in Anlehnung an Borner et al. 1995a, 1995b).

Zur Vervollständigung und Evaluation der Daten der Meso-Ebene, die überwiegend aus Dokumenten und weiteren Arten schriftlicher Quellen stammen, sind in jedem Land ca. zehn Interviews mit Repräsentanten der an Medien der horizontalen Koordination beteiligten Akteure vorgesehen. Des weiteren sollen ausführliche Gespräche mit den über diese Akteure bzw. Institutionen oder anderen einschlägigen Themen arbeitenden Sozialwissenschaftlern der untersuchten Länder geführt werden, von denen für jedes Land mindestens einer als ständiger Kooperationspartner gewonnen werden sollen. Die Kooperationspartner erstellen - nach Besuch eines gemeinsamen Workshops - Sachstandsreports anhand ("grauen") landessprachlichen Datenmaterials, nehmen an der Vorbereitung und Durchführung der Experteninterviews teil und beraten den

---

<sup>39</sup>Dementsprechend postulieren Schmitter und Streeck (1981) einen Grundkonflikt zwischen einer "logic of membership" und einer "logic of influence".

Projektleiter bei der Organisation der Repräsentativerhebung.

Daten über Phänomene der Makroebene (insbesondere Indikatoren von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung) können den Medien der Wirtschaftsberichterstattung (Wirtschaftsforschungsinstitute bzw. OECD) für die benötigten sekundäranalytischen Zwecke entnommen werden.

## **6. Vorarbeiten**

Eine Reihe von Arbeiten aus dem Umkreis der MPG-Arbeitsgruppe Transformationsprozesse dürfen als empirische und theoretische Vorarbeiten des Projektes betrachtet werden. Das gilt insbesondere für die Befunde des "Saratov"-Projekts, welches von Mitarbeitern der MPG-Arbeitsgruppe und des Fakultätsinstituts Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität 1993-95 in Form einer Mehrebenen-Studie über den Wandel regionaler Eliten in einer Industrieregion Rußlands durchgeführt wurde. Hieraus entstanden Arbeiten über die Organisation von Wirtschaftsinteressen unter Transformationsbedingungen (Stykov 1994) und die Veränderung der (regionalen und sektoralen) Governancessstrukturen (Brie/ Stykov 1995). Weitere Arbeiten zu Themen der Interessenvermittlung im Kontext der Wirtschaftstransformation stammen von Kooperationspartnern der Arbeitsgruppe und betreffen den Transformationsfall Ungarn (Brusis 1994; Seenger 1995).

Einen zweiten Schwerpunkt von Arbeiten, die Vorbereitungscharakter für ein Projekt der vergleichenden Institutionenforschung haben, bilden Studien über die Rolle intermediärer Akteure, insbesondere der Interessenverbände, im Transformationsprozeß (Wiesenthal/Ettl/Bialas 1992; Wiesenthal 1993b, 1994a). Besondere Aufmerksamkeit fand die Repräsentation von Wirtschaftsinteressen in den Reformländern (Wiesenthal/Stykov 1994; Wiesenthal 1995c). Der Antragsteller beschäftigte sich des weiteren in mehreren Veröffentlichungen mit Design- und Strategiefragen des Reformprogramms (z.B. Wiesenthal 1995a, 1995d, 1995f).

Der Antragsteller hat in der vergangenen Dekade eine Reihe theoretischer und empirischer Studien veröffentlicht, in denen die allgemeinen (gegenstandsunspezifischen) Elemente des theoretischen Rahmens beleuchtet bzw. herausgearbeitet sind. Neben den unter 5.2 angeführten Arbeiten, verdienen in diesem Zusammenhang Studien über divergierende Handlungslogiken von Interessenorganisationen (Offe/Wiesenthal 1980; Wiesenthal 1992), Strategieanalysen korporativer Akteure (Wiesenthal 1987b, 1988) sowie handlungstheoretische Abhandlungen (Wiesenthal 1990, 1993c/i.E.) Erwähnung.



## 7. Literaturverzeichnis

- Adler, Glenn/ Webster, Eddie, 1995: Challenging Transition Theory: The Labor Movement, Radical Reform, and Transition to Democracy in South Africa. *Politics & Society* 23 (1), 75-106
- Ágh, Attila, 1994: The Paradoxes of Transition: The External and Internal Overload of the Transition Process. *Journal of Communist Studies* 10 (3), 15-34
- Ágh, Attila, (Hg.), 1994: *The First Steps*. Budapest: Hungarian Centre of Democracy Studies
- Amodio, Nicoletta, 1993: From ministries to corporations. *Journal of Communist Studies* 9 (1), 227-239
- Bauman, Zygmunt, 1994: A Revolution in the Theory of Revolutions? *International Political Science Review* 15 (1), 15-24
- Benz, Arthur/ Scharpf, Fritz W./ Zintl, Reinhard, 1992: *Horizontale Politikverflechtung*. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag
- Borner, Silvio/ Brunetti, Aymo/ Weder, Beatrice, 1995a: Policy Reform and Institutional Uncertainty: The Case of Nicaragua. *Kyklos* 48 (1), 43-64
- Borner, Silvio/ Brunetti, Aymo/ Weder, Beatrice, 1995b: *Political Credibility and Economic Development*. Houndmills, Basingstoke: Macmillan
- Brada, Josef C., 1993: The Transformation from Communism to Capitalism: How far? How Fast? *Post-Soviet Affairs* 9 (1), 87-110
- Brie, Michael/ Stykow, Petra, 1995: Regionale Akteurkoordinierung im russischen Transformationsprozeß. *Arbeitspapiere AG TRAP 95/2*. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Brokl, Lubomír/ Mansfeldová, Zdenka, 1993: *The Social Partnership, Trade Unions and the Social Consensus*. Ms. Praha
- Brusis, Martin, 1994: Korporatismus als Transformationskonsens: Der Fall Ungarn im osteuropäischen Vergleich. *Arbeitspapiere AG TRAP 94/3*. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Burawoy, Michael/ Krotov, Pavel, 1992: The Soviet Transition from Socialism to Capitalism: Worker Control and Economic Bargaining in the Wood Industry. *American Sociological Review* 57 (February), 16-38
- Burawoy, Michael/ Krotov, Pavel, 1993: The Economic Basis of Russia's Political Crisis. *New Left Review* 198, 49-69
- \_ambaliková, Monika, 1994: *Sozialpartnerschaft in der Slowakischen Republik*. Ms. Bratislava
- Cohen, Joshua/ Rogers, Joel, 1992: Secondary Associations and Democratic Governance. *Politics & Society* 20 (4), 393-472
- Cohen, Joshua/ Rogers, Joel, 1994: Solidarity, Democracy, Association. In: W. Streeck (Hg.): *Staat und Verbände*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 136-159
- Di Palma, Guiseppe, 1991a: Legitimation from the top to civil society: political-cultural change in Eastern Europe. *World Politics* 44 (1), 49-80
- Di Palma, Guiseppe, 1991b: Why democracy can work in Eastern Europe. *Journal of Democracy* 2 (1), 21-31
- Ehrlich, Stanislaw, 1968: On Functional Representation. In: C.-J. Friedrich/ B. Reifenberg (Hg.): *Sprache und Politik*. Heidelberg: 326-339
- Ekiert, Grzegorz, 1992: Peculiarities of post-communist politics: the case of Poland. *Studies in Comparative Communism* 25 (4), 341-361
- Elster, Jon, 1987: *Subversion der Rationalität*. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag
- Elster, Jon, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform. In: P. Ploszajski (Hg.): *Philosophy of Social Choice*. Warsaw: IFiS Publishers, 309-316

- Elster, Jon/ Slagstadt, R. (Hg.), 1988: *Constitutionalism and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press
- Ettl, Wilfried/ Heikenroth, André 1995: *Strukturwandel, Verbandsabstinenz, Tarifflucht: Zur Lage ostdeutscher Unternehmen und Arbeitgeberverbände*. Arbeitspapiere AG TRAP 95/3. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Ettl, Wilfried/ Wiesenthal, Helmut, 1994: *Tarifautonomie in de-industrialisiertem Gelände: Analyse eines Institutionentransfers im Prozeß der deutschen Einheit*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (3), 425-452
- Feltenstein, Andrew, 1994: *The Uncertainty of Economic Success When Economic Regimes Are Uncertain: A Study of Transition Periods*. *Journal of Comparative Economics* 19 (2), 217-236
- Fischer, Stanley/ Gelb, Alan, 1991: *The Process of Socialist Economic Transformation*. *Journal of Economic Perspectives* 5 (4), 91-105
- Genov, Nikolai, 1991: *The transition to democracy in Eastern Europe: trends and paradoxes of social rationalization*. *International Social Science Journal* (128), 331ff
- Granovetter, Mark, 1985: *Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness*. *American Journal of Sociology* 91 (3), 481-510
- Greskovits, Béla, 1994: *Is the East Becoming the South? Where Threats to Reforms May Come from*. Paper presented to the 16th IPSA World Congress, August 21-25, 1994 in Berlin
- Haller, Birgitt/ Schaller, Christian, 1994: *'Marktwirtschaft ohne Adjektive' oder Sozialpartnerschaft? Versuche soziapartnerschaftlicher Konfliktregelung in der Tschechischen und Slowakischen Republik 1990-1993*. *SWS Rundschau* 34 (3), 309-329
- Haller, Birgitt/ Schaller, Christian/ Brokl, Lubomír/ \_ambáliková, Monika/ Mansfeldová, Zdenka, 1993: *Möglichkeiten sozialpartnerschaftlicher Konfliktregelung in der Tschechischen und Slowakischen Republik*. Innsbruck
- Hausner, Jerzy, 1992: *Populist Threat in Transformation of Socialist Society*. Warsaw: Fundacja im. Friedricha Eberta
- Hausner, Jerzy, 1994: *Evolution of Interest Representation in Post-Socialist Societies*. Ms. Cracow Academy of Economics
- Hibbing, John R./ Patterson, Samuel C., 1994: *Public Trust in the New Parliaments of Central and Eastern Europe*. *Political Studies* 42 (4), 570-592
- Hiebert, L. Dean, 1992: *The Labour-Managed Firm under Production Uncertainty*. *Journal of Comparative Economics* 16 (1), 94-102
- Kirichenko, Olga A./ Kouduykin, Pavel M., 1993: *Social Partnership in Russia: The First Steps*. *Economic and Industrial Democracy* 14 (Supplement), 43-54
- Kurtán, Sándor, 1993: *Sozialpartnerschaft in Ungarn?* In: E. Tálos (Hg.): *Sozialpartnerschaft*. Wien: VG Verlag für Gesellschaftskritik, 267-284
- Kurtán, Sándor, 1994: *Ist effektiver Tripartismus in Ungarn möglich?* Ms. Budapest
- Laki, Mihály, 1993: *Chances for the Acceleration of Transition: The Case of Hungarian Privatization*. *Eastern European Politics and Societies* 7 (3), 440-451
- Lehmbruch, Gerhard, 1983: *Interest Intermediation in Capitalist and Socialist Systems*. *International Political Science Review* 4 (2), 153-172
- Lehmbruch, Gerhard, 1991: *The Organization of Society, Administrative Strategies, and Policy Networks*. In: R. Czada/ A. Windhoff-Héritier (Hg.): *Political Choice*. Frankfurt/M., Boulder, Colorado: Campus, Westview Press, 121-158
- Lomax, Bill, 1994: *Obstacles to the Development of Democratic Politics*. *Journal of Communist Studies* 10 (3), 81-100
- Luhmann, Niklas, 1989: *Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag*. *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1), 4-9
- Mánicke-Gyöngyösi, Krisztina, 1989: *Sind Lebensstile politisierbar? Zu den Chancen einer "zivilen" Gesellschaft in Ost- und Ostmitteleuropa*. *Politik und Gesellschaft in sozialistischen*

- Ländern. Opladen: Westdeutscher Verlag, 335-350
- Malle, Silvana, 1994: From Market to Capitalism: The Building of Institutional Ethics. *Journal of Public Policy* 14 (1), 1-16
- Mansfeldová, Zdenka, 1994: Tripartism in the Czech Political System. Ms. Praha
- March, James G./ Olsen, Johan P., 1989: *Rediscovering Institutions*. New York: Free Press
- Marin, Bernd (Hg.), 1990: *Generalized Political Exchange*. Frankfurt/M., Boulder, Col.: Campus Verlag
- Marwell, Gerald/ Oliver, Pamela E./ Prahl, Ralph, 1988: Social Networks and Collective Action. A Theory of the Critical Mass. III.. *American Journal of Sociology* 94, 502-534
- Mayntz, Renate, 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. In: T. Ellwein et al. (Hg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1*. Baden-Baden: Nomos, 89-110
- Mayntz, Renate, 1993: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: A. Héritier (Hg.): *Policy-Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 39-56
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W., 1973: Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik. In: dies.: *Planungsorganisation*. München: Piper, 115-145
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W., 1994: Akteurbezogener Institutionalismus als analytischer Ansatz. Ms. MPIFG Köln
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W. (Hg.), 1995: *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag
- Meyer, Gerd, 1989: Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. *Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 426-448
- Moore, Mick/ Hamalai, Ladi, 1993: Economic Liberalization, Political Pluralism and Business Associations in Developing Countries. *World Development* 21 (12), 1895-1912
- Müller, Klaus, 1992: "Modernizing" Eastern Europe: theoretical problems and political dilemmas. *Archives Européennes de Sociologie* 33 (1), 109-150
- Murrell, Peter, 1993: What is Shock Therapy? What Did it do in Poland and Russia? *Post-Soviet Affairs* 9 (2), 111-140
- Nagy, András, 1991: "Social Choice" in Eastern Europe. *Journal of Comparative Economics* 15 (2), 266-283
- O'Donnell, Guillermo/ Schmitter, Philippe C. (Hg.), 1986: *Transitions from Authoritarian Rule*. Baltimore, London: John Hopkins University Press
- Offe, Claus, 1975: *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Offe, Claus, 1990: Die Aufgabe von staatlichen Aufgaben. 'Thatcherismus' und die populistische Kritik der Staatstätigkeit. ZeS-Arbeitspapier Nr. 9/90. Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. *Merkur* 45 (4), 279-292
- Offe, Claus, 1994a: *Der Tunnel am Ende des Lichts*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag
- Offe, Claus, 1994b: Die Aufgabe von staatlichen Aufgaben. 'Thatcherismus' und die populistische Kritik der Staatstätigkeit. In: D. Grimm (Hg.): *Staatsaufgaben*. Baden-Baden: Nomos, 317-352
- Offe, Claus/ Wiesenthal, Helmut, 1980: Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form. *Political Power and Social Theory* 1, 67-115
- Oliver, Pamela E./ Marwell, Gerald/ Teixeira, Ruy, 1985: A Theory of the Critical Mass. I. Interdependence, Group Heterogeneity, and the Production of Collective Action. *American Journal of Sociology* 91 (3), 522-556
- Oliver, Pamela E./ Marwell, Gerald, 1988: The Paradox of Group Size in Collective Action. A

- Theory of Critical Mass. II.. *American Sociological Review* 53, 1-8
- Olson, Mancur jr., 1968: *Die Logik des kollektiven Handelns*. Tübingen: Mohr
- Olson, Mancur jr., 1991: *Aufstieg und Niedergang von Nationen*. Tübingen: Mohr
- Orenstein, Mitchell, 1994: *The Czech Tripartite Council and Interest Representation in a Liberal State*. Budapest Papers on Democratic Transition No. 99. Department of Political Science, Budapest University of Economics
- Ost, David, 1993: *The Politics of Interest in Post-communist East Europe*. *Theory and Society* 22 (4), 453-486
- Ost, David, 1994: *Class and Democracy: Organizing Antagonisms in Post-Communist Eastern Europe*. Paper presented to the 16th IPSA World Congress, August 21-25, 1994 in Berlin
- Ostrom, Elinor, 1991: *Governing the Commons*. Cambridge: Cambridge University Press
- Ostrom, Elinor, 1992: *Community and the Endogenous Solution of Commons Problems*. *Journal of Theoretical Politics* 4 (3), 343-352
- Pedersen, Ove K./ Ronit, Karsten/ Hausner, Jerzy, 1994: *Emergence of New Forms of Associability and Collective Bargaining in Post-Socialist Countries*. Cracow Academy of Economics, *Journal of Transforming Economies and Societies* Autumn, 6-33
- Pedersen, Ove K./ Ronit, Karsten/ Hausner, Jerzy, 1995: *Organized Interests and the Labor Market in Postcommunist Europe*. *American Behavioral Scientist* 38 (5), 741-759
- Pejovich, Svetozar, 1994: *The Market for Institutions vs. Capitalism by Fiat: The Case of Eastern Europe*. *Kyklos* 47 (4), 519-529
- Pickel, Andreas, 1993a: *Authoritarianism or Democracy? Marketization as a Political Problem*. *Policy Sciences* 26, 139-163
- Pickel, Andreas, 1993b: *Can Capitalism Be Constructed? Competing Conceptions of Postcommunist Economic Transformation*. Paper prepared for presentation at the 25th National Convention of the American Association for the Advancement of Slavic Studies, Honolulu, Hawaii, November 19-22
- Pickel, Andreas, 1995: *Neoliberalism, Gradualism, and Some Typical Ambiguities And Confusions in the Transformation Debate*. Paper prepared for presentation at the APSA Annual Meeting, Chicago, August 31-September 3
- Pindyck, Robert S., 1991: *Irreversibility, Uncertainty, and Investment*. *Journal of Economic Literature* 29 (3), 1110-1148
- Pizzorno, Alessandro, 1986: *Some Other Kinds of Otherness: A Critique of 'Rational Choice Theories'*. In: A. Foxley et al. (Hg.): *Development, Democracy, and the Art of Trespassing*. Notre Dame, Indiana: 355-373
- Przeworski, Adam, 1980: *Material Interests, Class Compromise, and the Transition to Socialism*. *Politics & Society* 10 (2), 125-153
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market*. Cambridge: Cambridge University Press
- Przeworski, Adam/ Wallerstein, Michael, 1986: *Popular Sovereignty, State Autonomy, and Private Property*. *Archives Européennes de Sociologie* 27, 215-259
- Putnam, Robert D., 1993: *Making Democracy Work*. Princeton, NJ: Princeton University Press
- Rose, Richard, 1994: *Post-Communism and the Problem of Trust*. *Journal of Democracy* 5 (3), 18-30
- Sachs, Jeffrey, 1989: *My Plan for Poland*. *International Economy* 3 (Dec.), 24-29
- Sachs, Jeffrey D., 1991: *Crossing the Valley of Tears in East European Reform*. *Challenge* 34 (5), 26-34
- Salisbury, Robert H., 1984: *Interest Representation: The Dominance of Institutions*. *American Political Science Review* 78, 64-76
- Scharpf, Fritz W., 1991: *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*. *Politische Vierteljahresschrift* 32 (4), 621-634
- Scharpf, Fritz W., 1992: *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhun-*

- derts. In: B. Kohler-Koch (Hg.): Staat und Demokratie in Europa. Opladen: Westdeutscher Verlag, 22-46
- Scharpf, Fritz W., 1993: Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: A. Héritier (Hg.): Policy-Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag, 57-83
- Schimank, Uwe, 1985: Der mangelnde Akteurbezug systemtheoretischer Erklärungen gesellschaftlicher Differenzierung. Ein Diskussionsvorschlag. Zeitschrift für Soziologie 14 (6), 421-434
- Schimank, Uwe, 1988: Gesellschaftliche Teilsysteme als Akteurfiktionen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40 (4), 619-639
- Schimank, Uwe, 1992: Erwartungssicherheit und Zielverfolgung. Sozialität zwischen Prisoner's Dilemma und Battle of the Sexes. Soziale Welt 43 (2), 182-200
- Schmitter, Philippe C., 1991: Some Second Thoughts about Corporative Democracy: Oxymoronic or Moronic, Promising or Problematic? Ms. Stanford University
- Schmitter, Philippe C./ Streeck, Wolfgang, 1981: The Organization of Business Interests. A Research Design to Study the Associative Action of Business in the Advanced Industrial Societies of Western Europe. Discussion Paper IIM/LPM 81-13. Wissenschaftszentrum Berlin
- Schöpflin, George, 1991: Post-communism: constructing new democracies in Central Europe. International Affairs 67 (2), 235-250
- Seenger, Klára, 1995: Transformation des ungarischen Bankensystems in wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive.
- Seligman, Adam B., 1992: Trust and the meaning of civil society. International Journal of Politics, Culture and Society 6 (1), 5-21
- Smolar, Aleksander, 1992: Democratic Institution-Building in Eastern Europe. Problems of Communism 41 (1-2), 69-71
- Streeck, Wolfgang, 1994: Einleitung des Herausgebers. Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten? In: ders. (Hg.): Staat und Verbände. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-34
- Streeck, Wolfgang/ Schmitter, Philippe C., 1985: Gemeinschaft, Markt und Staat - und die Verbände? Der mögliche Beitrag von Interessenregierungen zur sozialen Ordnung. Journal für Sozialforschung 25, 133-158
- Stykov, Petra, 1994: Formen der Repräsentation von Wirtschaftsakteuren in Rußland: Eine Fallstudie. Arbeitspapiere AG TRAP 94/7. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Sztompka, Piotr, 1991: The Intangibles and Imponderables of the Transition to Democracy. Studies in Comparative Communism 24 (3), 295-311
- Sztompka, Piotr, 1993: Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies. Zeitschrift für Soziologie 22 (2), 85-95
- Sztompka, Piotr, 1994: Trust: The Missing Resource of Post-Communist Society. Mimeo
- Tatur, Melanie, 1994: Towards Corporatism? The Transformation of Interest Regulation in Eastern Europe. Ms. Warsaw
- Teubner, Gunther/ Willke, Helmut, 1984: Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht. Zeitschrift für Rechtssoziologie 5 (1), 4-35
- Vass, László, 1994: Employers' Interest Representations in Hungary. Budapest Papers on Democratic Transition No. 77. Department of Political Science, Budapest University of Economics
- Weber, Max, 1972: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck)
- Webster, Frank, 1994: Thinking About Technology. Work, Employment and Society 8 (3), 453-457
- Wiesenthal, Helmut, 1987a: Rational Choice. Ein Überblick über Grundlinien, Theoriefelder und neuere Themenakquisition eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas. Zeitschrift für Soziologie 16 (6), 434-449

- Wiesenthal, Helmut, 1987b: Strategie und Illusion. Frankfurt/M., New York: Campus
- Wiesenthal, Helmut, 1988: Akteurrationalität. Überlegungen zur Steuerungsfähigkeit politischer Akteure in der Beschäftigungskrise. In: J. Feldhoff et al. (Hg.): Regulierung - Deregulierung. Steuerungsprobleme der Arbeitsgesellschaft. Nürnberg: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 119), 70-98
- Wiesenthal, Helmut, 1990: Unsicherheit und Multiple-Self-Identität. Eine Spekulation über die Voraussetzungen strategischen Handelns. Discussion Paper 90/2. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
- Wiesenthal, Helmut, 1992: Kapitalinteressen und Verbandsmacht. "Two Logics of Collective Action" Revisited. In: H. Abromeit/ U. Jürgens (Hg.): Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns. Berlin: Edition Sigma, 38-61
- Wiesenthal, Helmut, 1993a: Akteurkompetenz im Organisationsdilemma. Grundprobleme strategisch ambitionierter Mitgliederverbände und zwei Techniken ihrer Überwindung. Berliner Journal für Soziologie 3 (1), 3-18
- Wiesenthal, Helmut, 1993b: Die "Politische Ökonomie" des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die (potentiellen) Funktionen intermediärer Akteure. Arbeitspapiere AG TRAP 93/1 (I). Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Wiesenthal, Helmut, 1993c: Methodologischer Individualismus - Grundlinien der akteurorientierten Analyse. Ms. AG TRAP
- Wiesenthal, Helmut, 1994a: Interessenrepräsentation im Transformationsprozeß. In: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Berlin: GSFP, 186-199
- Wiesenthal, Helmut, 1995a: Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation. Berliner Journal für Soziologie (im Druck)
- Wiesenthal, Helmut, 1995b: Organised Interests and Public Policy: West European Experience with Joint Decision-Making and East-Central European Perspectives. In: A. Ágh (Hg.) Parliaments and Organised Interests in East Central Europe. Budapest University of Economics (im Druck)
- Wiesenthal, Helmut, 1995c: From Inefficient Universalism to Particularistic Prosperity? Organized Business Interests as Outcome and Indicator of Postsocialist Transformation. Ms. AG TRAP
- Wiesenthal, Helmut, 1995d: Die Transformation Ostdeutschlands: Ein (nicht ausschließlicher) privilegierter Sonderfall der Bewältigung von Transformationsproblemen. In: H. Wollmann et al. (Hg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Druck)
- Wiesenthal, Helmut, 1995e: Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen: Literaturreport und Ergänzungsvorschlag. Zeitschrift für Soziologie 24 (2), 137-155
- Wiesenthal, Helmut, 1995f: East Germany as a Unique Case of Societal Transformation. German Politics (im Druck)
- Wiesenthal, Helmut, (i.E.): Methodologischer Individualismus als Akteurtheorie. In: A. Benz/ W. Seibel (Hg.): Beiträge zur Theorieentwicklung in der Politik- und Verwaltungswissenschaft
- Wiesenthal, Helmut/ Ettl, Wilfried/ Bialas, Christiane, 1992: Interessenverbände im Transformationsprozeß. Zur Repräsentations- und Steuerungsfähigkeit des Verbandesystems der neuen Bundesländer. Arbeitspapiere AG TRAP 92/3. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse
- Wiesenthal, Helmut/ Stykow, Petra, 1994: Unternehmerverbände im Systemwechsel: Entwicklung und Status organisierter Wirtschaftsinteressen in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas und Rußlands. In: W. Streeck (Hg.): Staat und Verbände. Opladen: Westdeutscher Verlag, 293-336

Willke, Helmut, 1992: *Ironie des Staates*. Frankfurt/Main: Suhrkamp  
Zakosek, Nenad, 1994: *Between Clientelism, Corporatism and an Emerging Civil Society: Organized Interests in Croatia*. Budapest Papers on Democratic Transition No. 87.  
Department of Political Science, Budapest University of Economics